

Jahresbericht

2008

Impressum

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)
Walter-Flex-Str. 3
53113 Bonn
Tel. (0228) 73-1810, 73-1891
E-mail: imaldona@uni-bonn.de, sekretariat.zeia@uni-bonn.de
Internet: www.zei.de

Bonn, März 2009

Inhalt

Vorwort	3
<i>Forschung und Beratung</i>	
Forschungsgruppen im Überblick	5
Forschungsgruppe I „Europas interne Dimension“	7
Forschungsgruppe II „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“	20
Forschungsgruppe III „Makroökonomische Politik und Institutionen	27
Forschungsgruppe IV „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der Sozialen Sicherung“	27
Forschungsgruppe V „Europas Rolle in der Welt“	28
<i>Ausbildung</i>	
Master of European Studies (MES)	36
Master of European Regulation of Network Industries (MERNI)	39
Summer Academy „Comparative Regional Integration“	39
Summer School on „Monetary Macroeconomics“	40
Summer School „Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theorie und Empirie“	40
Lehre	41
<i>ZEI Strukturen</i>	43
<i>Publikationen</i>	45
<i>Vorträge und Konferenzteilnahmen</i>	51
<i>Veranstaltungen</i>	56
<i>Mitarbeiter und Fellows</i>	60

Vorwort

2008 war für die Europäische Union ein Jahr der Ernüchterung. Nachdem es 2007 gelungen war, den institutionellen Reformprozess wieder zu beleben und mit dem Vertrag von Lissabon (Reformvertrag) eine neue Grundlage für die zukünftige Arbeitsweise der Europäischen Union unter den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten zu finden, blockierte der negative Ausgang des irischen Referendums im Juni 2008 den reibungslosen Ratifikationsprozess. Bis zum Jahresende 2008 reagierten die politischen Führungen der EU eher ratlos und in der Hoffnung, dass „das irische Problem“ durch die Iren selber gelöst werden würde. In Wirklichkeit war der negative Ausgang des Referendums in Irland eine Angelegenheit der gesamten EU und kein gutes Omen für die 2009 anstehende Wahl zum Europäischen Parlament. Die Kluft zwischen den Unionsbürgern und den politischen Strukturen der EU bleibt groß. Dabei ist die Zustimmung zum gelebten Europa anhaltend groß, gerade auch in den jüngeren Generationen.

Die zweite Ernüchterung betraf die Auswirkungen weltweiter Entwicklungen auf die EU. Einerseits blieb der Euro extrem stark (und viele meinten: überbewertet), auf der anderen Seite schien das Tempo der Anpassung an die Globalisierung in anderen Weltregionen rascher vor sich zu gehen als in Europa. Gleichzeitig wurde der EU ihre Energieabhängigkeit immer deutlicher, ohne dass dies tatsächlich zum Durchbruch hin zu einer gemeinsamen EU-Energiepolitik geführt hätte. Die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise, die im Herbst 2008 ausbrach, zwingt zu weiteren Schritten der europäischen Einigung. Die Europäische Union wird auch künftig offenbar vor allem durch Krisen Stärkung finden und damit tendenziell eher weltpolitische Entwicklungen nachvollziehen als diese prägen. Gleichwohl bleibt das weltweite Interesse an der europäischen Integration hoch.

Am Zentrum für Europäische Integrationsforschung wurden die Entwicklungsprozesse der europäischen Integration unter dem Gesichtspunkt unbewältigter europäischer Fragestellungen wiederum mit Erfolg und in Verbindung mit angesehenen internationalen Partnern in Forschung, Beratung und Weiterbildung begleitet. Mehrere drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte konnten wissenschaftlich vorangebracht werden. Die Weiterbildungsmaßnahmen des ZEI behaupteten ihre starke Stellung in einem immer konkurrenzorientierteren internationalen Umfeld. Die Nachfrage nach Expertise des ZEI überstieg erneut die Ressourcen und Kapazitäten des ZEI, das überdies den allgemeinen Sparmaßnahmen der Universität Bonn unterliegt. Unsere wissenschaftlichen Publikationen waren breit gestreut und fanden vielfache Beachtung. Mit dem neu etablierten ZEI Beirat konnte im vergangenen Jahr die strategische Ausrichtung des Forschungsinstituts konstruktiv reflektiert werden. Dafür sind wir dankbar, denn diese Verbindung stärkt unsere Arbeit.

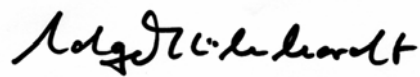
Bonn, 28. März 2009



Prof. Dr. Jürgen von Hagen



Prof. Dr. Christian Koenig



Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Forschungsgruppen im Überblick

Die Forschungs- und Beratungstätigkeit am ZEI wird in Forschungsgruppen geleistet, die sich besonderen Schwerpunktthemen widmen. In diesen arbeiten Wissenschaftler („Fellows“) aus den verschiedenen Abteilungen des Zentrums, die sich mit gemeinsamen oder ähnlichen Fragestellungen befassen sowie Gastforscher und externe Partner. Auf diese Weise lebt multi- und interdisziplinäre Zusammenarbeit zu zentralen Fragen des europäischen Integrationsprozesses. Im Jahr 2008 arbeiteten am ZEI fünf thematische Forschungsgruppen:

Forschungsgruppe I Europas interne Dimension

Die Arbeit dieser Forschungsgruppe konzentriert sich auf die Rolle und Entwicklung der Institutionen im Rahmen der europäischen Integration. Daneben ist die Koordination der Wirtschafts- und Fiskalpolitik der EU-Länder ein wichtiges Thema mit Institutionenbezug. Das ZEI begleitete die Diskussion um den Vertrag von Lissabon (und damit das Bemühen um einen Ausweg aus der Verfassungskrise), die europapolitisch 2008 im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stand. Intensiv wurden in der Forschungsgruppe Aspekte des Regierens im Mehrebenensystem der EU bearbeitet. Nicht unerheblich befasste sich die Forschungsgruppe darüber hinaus mit dem spannungsreichen Prozess der türkischen Beitrittsverhandlungen zur EU.

Forschungsgruppe II Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik

Diese Forschungsgruppe ist in Untergruppen gegliedert, die sich mit der Regulierung von Netzwirtschaften (Energie, Telekommunikation, Eisenbahn), dem öffentlichen Wettbewerbsrecht, Vergaberecht sowie mit der Regulierung europäischer Gesundheitsmärkte/europäisches Pharmarecht befassen. Dabei stehen oft Reformvorhaben in den einzelnen Sektoren und komplexe Regulierungsfragen im Zentrum der Expertise, die vor allem ein interdisziplinäres Verständnis für wirtschaftswissenschaftliche Nachbardisziplinen verlangen. Zwei Twinning-Projekte in Marokko und Polen zum öffentlichen Wettbewerbsrecht profitieren maßgeblich von der beratenden Unterstützung des ZEI. Es ist zudem ein stetes Bemühen der Projektmitarbeiter, den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu fördern.

Forschungsgruppe III Makroökonomische Politik und Institutionen in Europa

Schwerpunkt dieser Forschungsgruppe ist die umfassende ökonomische Analyse des fiskalischen Föderalismus, die für den Aufbau eines zukünftigen föderalen Systems in Europa von großer Bedeutung sein kann. Der politökonomische Ansatz und die Beschäftigung mit der Frage nach der Gestaltung der Fiskalpolitik der Mitgliedsländer in der Währungsunion sind von großer Bedeutung, ebenso wie die Umsetzung von EU-Richtlinien in den Mitgliedsstaaten. Ein zweiter Schwerpunkt dieser Forschungsgruppe liegt auf der Analyse der wechselnden komparativen

Wettbewerbsvorteile und des Transfers von Wissen und Technologie in der Weltwirtschaft.

Forschungsgruppe IV **Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der Sozialen Sicherung**

Die Arbeit dieser Gruppe konzentriert sich auf Fragestellungen, die den europäischen Arbeitsmarkt, seine Institutionen und Probleme betreffen. Untersucht wird in diesem Zusammenhang der Einfluss der unterschiedlichen Strukturen in den EU-Ländern auf die Arbeitsmarktsituation. Dazu gehört auch die vertiefte Auseinandersetzung mit der Frage, ob eine gesamteuropäische Beschäftigungsstrategie der Heterogenität der Arbeitslosigkeit gerecht wird.

Forschungsgruppe V **Europas Rolle in der Welt**

Die Arbeit dieser Forschungsgruppe konzentriert sich vor allem auf die Entwicklung eines globalen Profils der EU im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und auf die weltweite Projektion der EU als eines Modells der regionalen Integrationsbildung. Mit systematischen Vergleichsarbeiten zur regionalen Integration in verschiedenen Teilen der Erde legte die Forschungsgruppe eine wissenschaftliche Grundlage, die sich in der ZEI-Weiterbildungsinitiative einer Sommerakademie zur vergleichenden Regionalintegration und im regelmäßig erscheinenden „Regional Integration Observer“ widerspiegelt.

Unterstützt wird die Forschungsarbeit des ZEI durch Vorträge, Diskussionsforen und Arbeitsgruppen. Regelmäßige eigene Publikationen des ZEI und Veröffentlichungen von ZEI Mitarbeitern in wissenschaftlichen Veröffentlichungen und breitenwirksamen Medien vermitteln laufende und abgeschlossene Forschungsarbeiten mit Anspruch auf Praxisrelevanz in ganz Europa und weit darüber hinaus.

Forschungsgruppen

Forschungsgruppe I: „Europas interne Dimension“

Die Europäische Integration im Wandel der Zeit

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn, legte im Berichtszeitraum eine breit angelegte Studie in englischer Sprache über den bisherigen fünfzigjährigen Entwicklungsprozess der europäischen Integration und seine weltpolitischen und wissenschaftstheoretischen Zusammenhänge vor: *European Union – The Second Founding. The Changing Rationale Of European Integration* (Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Baden-Baden: Nomos Verlag 2008, 670 Seiten). Seine Studie geht von der zweifachen These aus, dass sich die EU seit einigen Jahren einer zweiten Gründung unterzieht und sich dabei zugleich die Begründung für die europäische Integration wandelt. Nach der ersten Gründung 1957 erfolgt seit Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre eine stärkere Politisierung der Integration, verbunden mit gesteigertem Interesse der europäischen Bürger (aber auch stärkerer Kritik) an der Integration. Zugleich wandelt sich seit dem Ende des Kalten Krieges und der Überwindung der Teilung Europas die Begründung: War die europäische Integration in den ersten Jahrzehnten vorrangig eine Angelegenheit der inneren Aussöhnung unter den Staaten und Völkern Europas, so richtet sie sich seit einigen Jahren immer deutlicher aus an der Suche nach einer neuen globalen Rolle Europas im Zeitalter der Globalisierung und des Managements globaler Fragestellungen.

Kühnhardts Studie rekonstruiert die zentralen Weichenstellungen der ersten fünf Jahrzehnte der europäischen Einigung. Er richtet ein besonderes Augenmerk auf die Funktion von Krisen in der Integration, zumal im Lichte des europäischen Verfassungsfortbildungsprozesses der vergangenen Jahre. In systematischer Weise beleuchtet er den Zusammenhang von europäischer Integration und transatlantischen Beziehungen sowie die weltweite Attraktivität der EU als Modell für andere Bemühungen um Regionalintegration. Kühnhardt diskutiert die historischen Versuche, Europa friedlich zu einen und unterzieht die Entwicklung der europäischen Integrationstheorien einer kritischen Bestandsaufnahme. Schließlich fragt er nach dem Potential supranationaler Solidaritätskraft im Rahmen der europäischen Staatsbürgerschaft und beleuchtet die wachsende globale Rolle der EU. Kühnhardts Studie ist ein grundlegender Beitrag zur Standortbestimmung der Europäischen Union am Ende einer besonders krisenhaften Phase ihrer Entwicklung

Die EU-Vertragsreform

1. Marcus Höreth/Jared Sonnicksen: “Making and Breaking Promises. The European Union under the Treaty of Lisbon“, ZEI Discussion Paper C 181/2008: Mit dem Vertrag von Lissabon ist die Europäische Union bereit, in eine neue Phase der Europäischen Integration einzutreten. Der neue Reformvertrag, der zu weiten Teilen aus dem zurückgewiesenen Entwurf des Verfassungsvertrags stammt, verspricht

Entscheidungsfindung und Politik in diesem einzigartigen Gemeinwesen transparenter, effizienter und demokratischer zu machen. Die Autoren nehmen einen fokussierten Blick auf die Bestimmungen des Vertrags vor, die am meisten mit der Förderung von Offenheit und Effektivität in der EU befasst sind und reflektieren darüber, ob aufgrund der Kompromisse und ausgehandelten Ausnahmen trotz "neuer und verbesserter" Regeln am Ende nicht doch alles beim Alten bleibt.

2. Anna Niemann / Sonja Ana Luise Schröder / Meredith Catherine Tunick (Hrsg.) untersuchen zusammen mit den weiteren ZEI Master Fellows 2007/2008 im ZEI Discussion Paper C 182/2008 „Recovering from the Constitutional Failure. An Analysis of the EU Reflection Period“ wie die Europäische Union ihre selbst verordnete „Reflexionsphase“ genutzt hat, um nach der Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden im Frühjahr 2005 die Bürger wieder stärker in das europäische Projekt einzubinden und über das Schicksal des Verfassungstextes zu entscheiden. Zu diesem Zweck wird die „Reflexionsphase“ zunächst in einen historischen Kontext eingeordnet und der Frage nachgegangen, welche Gründe zu den ablehnenden Referenden geführt haben. Anschließend richtet sich das Augenmerk auf die unterschiedlichen Initiativen der drei zentralen EU-Institutionen Rat, Kommission und Parlament während der „Reflexionsphase“. Ergänzend wird ein Überblick über die Aktivitäten der Mitgliedstaaten sowie einiger zentraler EU-Forschungsinstitute gegeben. Schließlich erhalten auch die EU-Ratspräsidentschaften Einzug in die Untersuchung. Hierbei wird ein besonderer Fokus auf die deutsche Ratspräsidentschaft gelegt, die durch geschickte Verhandlungen den Weg nach Lissabon ebnete. Trotz positiver Elemente der Initiativen der EU-Institutionen lässt sich zusammenfassend feststellen, dass der Verhandlungsprozess und somit der Inhalt des Lissabon-Vertrages nur geringfügig von der „Reflexionsphase“ beeinflusst wurde.

3. In einer interdisziplinären Arbeitsgruppe hat das ZEI im Laufe des Jahres 2008 den Vertrag von Lissabon einer eingehenden Analyse unterzogen. Die Tätigkeiten dieser Arbeitsgruppe finden im Rahmen des DFG-Projekts „Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“ statt (siehe auch nachfolgenden Bericht).

4. Am 10. Juni 2008 referierte Andreas Marchetti, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Europäische Integrationsforschung im Rahmen der Vortragsreihe „Europadialog“ (Kooperationsveranstaltung des ZEI mit der DGAP) über den Vertrag von Lissabon: „Der Vertrag von Lissabon. Rückschritt als Fortschritt?“ Dabei stellte er insbesondere Unterschiede und Gemeinsamkeiten dieses Vertrags im Vergleich zum 2005 gescheiterten Verfassungsvertrag heraus. Gleichzeitig benannte er wichtige Änderungen im Vergleich zum geltenden EU-Recht.

5. Prof. Mitsuo Miyamoto, Faculty of Law and Political Science, Seikei University, Tokyo war vom 01.04. bis 04.06.2008 als Gastforscher am ZEI. Während seines Aufenthaltes am ZEI befasste sich Prof. Miyamoto mit dem Ratifikationsprozess des Lissabon Vertrages und den unterschiedlichen Standpunkten der Mitgliedsstaaten sowie mit den deutschen Beziehungen im Kontext der deutsch-französischen Zusammenarbeit und der transatlantischen Beziehungen seit Kanzlerin Merkels Amtsantritt.

6. In seiner Dissertation „Die Kirchen und die Europäische Verfassung“ geht ZEI Junior Fellow Matthias Belafi dem Engagement der Kirchen zum Europäischen

Verfassungsvertrag als auch den kirchenrelevanten Bestimmungen des gescheiterten Vertragswerkes nach. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei dem sog. Kirchenartikel I-52, in dem die nationale Regelung des Staat-Kirche-Verhältnisses festgeschrieben wird. Darüber hinaus enthält dieser Verfassungsartikel aber auch die Verpflichtung der Europäischen Union mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften „in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags“ einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog zu führen. Dieser besonderen Stellung der Kirchen in Europa widmet sich schließlich die Schlussbetrachtung der Arbeit, die 2009 mit dem Rigorosum zum Abschluss kommen wird.

Regieren im Mehrebenensystem der EU

1. Im ZEI Discussion Paper C 179/2008 „Optionen für die Europäische Integration“ behandelt Martin Seidel die Finalität des europäischen Integrationsprozesses. Er umschreibt den Endzustand des Organisationsprozesses Europas, der erreicht werden muss, damit sich die Kompetenzen, die der Europäischen Union zur Sicherung ihrer Ziele bereits übertragen oder noch zu überantworten sind, funktionsgerecht entfalten können. Das gegenwärtige Kompetenz- und Entscheidungssystem gewährleistet bereits zur Gestaltung interner Aufgaben keine ausreichende Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Hinsichtlich ihrer externen Aufgaben, angefangen bei der gemeinsamen Energiepolitik bis hin zur Gestaltung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und aller internationalen Aufgaben sowie der Verantwortung eines vereinten Europas für die Wahrung der „world public goods“ wie der Schonung der natürlichen Ressourcen und der Erhaltung des natürlichen Klimas auf der Erde, reicht die derzeitige Kompetenz- und Entscheidungsstruktur der Europäischen Union – selbst nach dem Vertrag von Lissabon - bei weitem nicht aus. Die „internationale Selbstbehauptung“ der Europäischen Union erfordert den Wandel des bestimmenden Leitbildes der Europäischen Union von "United Nations of Europe" zu "United Europe" und die - schrittweise - Umwandlung der Europäischen Union von einer Konföderation in eine Föderation.

2. Prof. Carl Christian von Weizsäcker greift im ZEI Discussion Paper C 189/2008: „Regionalisierung der Regulierung im Bitstromzugangs-Markt?“ ein aktuelles Thema der Telekommunikationsregulierung auf. Staatliche Eingriffe in den Wettbewerb durch Regulierung sollen stets auf das notwendige Maß beschränkt bleiben. Die Regulierungsbehörden in verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten haben erstmals für den Großkundenmarkt für Breitbandzugang (sogenannter "Bitstromzugang") eine geografische Differenzierung vorgenommen, um die unterschiedliche Ausprägung des Wettbewerbs aufzudecken und entsprechend Regulierung in wettbewerbsgeprägten Regionen zurückzufahren. Auf Basis eines national einheitlich regulierten Zugangs zur "letzten Meile" wurde so in Großbritannien für einen großen Teil des Landes die Regulierung von Bitstrom eingeschränkt oder vollständig zurückgefahren. Diesen Ansatz analysiert Prof. von Weizsäcker und überträgt das Konzept auf Deutschland, wo die Regulierungsbehörde im Rahmen der Marktuntersuchung sich bereits diesem Thema genähert hat. Auch für Deutschland sieht er dieses Vorgehen für notwendig und richtig an.

3. Im Rahmen des von dem National Science Council (NSC) und dem DAAD geförderten s.g. „Sandwich Programms“ führte Frau Shiou-Iuan Hsu, Graduate Institute of European Studies der Tamkang University in Taipeh, Taiwan, vom 14.03.2007 bis zum 28.02.2008 im Zentrum für Europäische Integrationsforschung Forschungen zu ihrem Projekt “Multi-level Governance in the EU- from the Perspectives of the participation of the central and local government in Germany and the U.K” durch.

Summary: “Multi-level governance involves actors at local, sub-national, national, regional and supranational levels. The research project begins with an overview of definitions and general theories of multi-level governance, stressing both the potential and the limitations of this model. Then it goes on to case studies of Germany and the UK, to discuss their multi-level governance in practice. The case studies are chosen to illustrate the trends and situations of the above mentioned states, while showing how the nature of multi-level governance varies both geographically and across policy areas. Through observing and analyzing the policy-making process of the EU, including the legislation and implementation stages in the Germany and UK, the researcher draw the conclusion that, because of the federal system the multi-level governance in Germany is more obvious and matured than in the UK. Although the devolution policy was implemented by the elected Labor Party from 1997, but there are still limitations for the development of multi-level governance in the UK. In addition, the role of the states is also weakened accompanied by development of multi-level governance in the EU.”

4. Sonja Schröder: The 2007-20134 European Cohesion Policy. A New Strategic Approach by the Commission? (ZEI Discussion Paper C 190/2008): Im Mittelpunkt des vorliegenden Diskussionspapiers steht die Europäische Kohäsionspolitik der aktuellen Förderperiode 2007-13. Zentrale Fragestellung ist, ob und inwieweit die Europäische Kommission im Vergleich zur vorherigen Periode einen neuen strategischen Ansatz verfolgt. Die Untersuchung erschöpft sich nicht nur im reinen Vergleich der vier Prinzipien concentration, programming, additionality and partnership, sondern beleuchtet darüber hinaus die Beweggründe der Kommission, einige Elemente beizubehalten und andere zu ändern. Ein besonderes Augenmerk wird hierbei auf die veränderte Situation nach der EU-Osterweiterung im Jahre 2004 gelegt. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Kommission in zweierlei Hinsicht einen neuen strategischen Ansatz verfolgt: Zum einen ist die Kohäsionspolitik nun eindeutig mit der Lissabon-Strategie verbunden und zum anderen ist eine Verschiebung des Einflussbereiches der Kommission von der Ebene des „programming“ hin zur Ebene der strategischen Politikplanung erkennbar.

Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen

1. Das bilaterale Forschungsprojekt „Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“ wird gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die französische Agence Nationale de la Recherche. Entsprechend des Arbeitsplans des Projekts hat sich am ZEI eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe gebildet, die die einzelnen Bestimmungen des Vertrags von Lissabon im Laufe des Jahres einer gründlichen Analyse unterzog. Die Ergebnisse der einzelnen Wissenschaftler wurden im Rahmen mehrerer Arbeitssitzungen diskutiert, um so stets auch Ansätze aus unterschiedlichen Disziplinen zu berücksichtigen. Die

Arbeitsgruppe kam im Sommersemester 2008 insgesamt acht Mal zusammen. Eine abschließende Sitzung wurde am 19. Dezember 2008 abgehalten.

Ausgangspunkt des Forschungsprojekts, das gemeinsam von ZEI und Ifri (Institut français des relations internationales, Paris) durchgeführt wird, bildet die teilweise andauernde Doppelkrise der Europäischen Union, die sich einerseits in einer Erweiterungskrise aufgrund zunehmender Erweiterungsmüdigkeit und andererseits einer Reformkrise aufgrund eines abnehmenden europapolitischen Konsenses manifestiert. Dem Projekt liegt die Annahme zugrunde, dass eine nachhaltige Überwindung dieser Doppelkrise nur auf Basis eines deutsch-französischen Ansatzes gewährleistet werden kann, da sich in der Vergangenheit die Zusammenarbeit beider Staaten häufig als notwendiger Motor für europapolitische Fortschritte erwiesen hat. Zur Entwicklung möglicher Handlungsoptionen wird das Projekt in einer ersten Phase (Januar 2008 bis Juni 2009) die Rahmenbedingungen deutsch-französischen Handelns identifizieren. Hierzu werden zum einen die jeweiligen nationalen Grunddispositionen, insbesondere auf Basis der öffentlichen Debatten, sowie zum anderen die durch die EU gegebenen Rahmenbedingungen analysiert. Das Projekt verfolgt in dieser ersten Hälfte somit zwei konkrete Teilziele: Die Ermittlung der gegenwärtigen nationalen Grunddispositionen Deutschlands und Frankreichs vor dem Hintergrund der europäischen Doppelkrise vermittelt einer deutsch-französischen Strukturanalyse. Die Identifikation und Interpretation der europapolitischen und -rechtlichen Grundlagen vermittelt einer eingehenden Analyse des Vertrags von Lissabon.

Anhand dieser beiden Teilziele sind die Geschäftsgrundlagen für deutsch-französisches Handeln auf europäischer Ebene identifiziert. Auf Basis der aus den beiden Analysen gewonnenen Erkenntnisse erfolgt in einer zweiten Phase (Juli 2009 bis Dezember 2010) des Projekts zunächst eine Zusammenführung der Ergebnisse zur Identifikation überhaupt möglicher Spielräume für deutsch-französisches Handeln in der EU. Darauf aufbauend werden schließlich Entwicklungsszenarien europäischer Politik entworfen. Der Projektionszeitraum beschränkt sich dabei auf einen mittelfristigen Rahmen von zehn Jahren. Die Erkenntnisse der Diskussionen der Tagung werden zusammen mit den Ergebnissen aus den Arbeitsgruppensitzungen in eine in Paris erscheinende Note de l'Ifri zum Vertrag von Lissabon und den umfangreichen Kommentar des ZEI, der im ersten Halbjahr 2009 in der Schriftenreihe des ZEI im Nomos-Verlag, Baden-Baden, erscheinen wird, einfließen.

Am ZEI hat Andreas Marchetti die Koordination des Projekts übernommen, das auf französischer Seite federführend von Dr. Claire Demesmay betreut wird.

2. Unabhängig vom Ausgang des Ratifikationsverfahrens wird der Vertrag von Lissabon Richtschnur für zukünftiges europäisches Handeln sein. Die Teilnehmer der Fachtagung zum Vertrag von Lissabon am 25. und 26. September 2008, die Forscher von ZEI und Ifri sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im Rahmen des gemeinsamen Forschungsprojekts „Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“ in Bonn zusammenbrachte, waren sich in dieser grundlegenden Bewertung des Vertrags von Lissabon einig. In vielen Bereichen sei die Umsetzung des im Vertrag Festgelegten letztlich auch ohne Vertragsänderung möglich, auch wenn die Mehrzahl der Teilnehmer der Hoffnung Ausdruck verlieh, dass der Vertrag noch ratifiziert und damit in Kraft treten könne. Am Vorabend der Tagung hatten die Teilnehmer zunächst die Möglichkeit, sich mit

Irmgard-Maria Fellner, Beraterin des französischen Ministers für außenpolitische und europäische Angelegenheiten, über ihre Arbeit auszutauschen und sich aus erster Hand über die Ziele und Erwartungen der französischen Ratspräsidentschaft zu informieren. Frau Fellner gewährte Einblicke in ihre Arbeit und wies auf Unterschiede zwischen deutschen und französischen Ansätzen der Politikformulierung hin.

Im Laufe der Tagung präsentierten die Autoren der ZEI-Arbeitsgruppe zum Vertrag von Lissabon die Ergebnisse ihrer bisherigen Arbeit und stellten sich der Diskussion mit französischen Kollegen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Dr. Jorgo Chatzimarkakis, MdEP, würdigte den Wegfall souveränitätsähnlicher Elemente im Vertrag von Lissabon im Vergleich zum Verfassungsvertrag. Dadurch sei der Vertrag wieder auf das zurückgestuft, was er im Grunde nur sein könne, nämlich ein europäischer Grundvertrag. Dr. Klaus Hänsch, MdEP, betonte, dass mit dem Europäischen Konvent eindeutig die Entscheidung gegen die Schaffung eines europäischen Staates gefallen sei und sich die Konventsteilnehmer bewusst für eine Union der Staaten und gleichzeitig eine Union der Bürger entschieden hätten. Dieser Anspruch sei auch im Vertrag von Lissabon erhalten geblieben, weshalb er Kritiken entgegentrat, die eine grundsätzliche strukturelle Inkohärenz im Vertragswerk erkennen, vielmehr seien die aufgezeigten Spannungsverhältnisse in einer Union der Staaten und Bürger unvermeidbar. Im Bereich der wirtschaftspolitischen Orientierung zeigten sich im Rahmen der Tagung ähnliche Diskurslinien wie in der politischen Diskussion beiderseits des Rheins. Die Gefahr einer möglichen Aushöhlung oder Rückstufung des Binnenmarkts, wie auf deutscher Seite artikuliert, wird von französischer Seite nicht geteilt. Die Teilnehmer waren sich aber darin einig, dass die derzeitige Finanzkrise voraussichtlich der seit den 1990er Jahren vorgetragenen Forderung der französischen Politik nach Einrichtung einer europäischen Wirtschaftsregierung neuen Auftrieb verleihen könne. In den Bereichen Inneres und Justiz sowie Auswärtiges Handeln stellten die Teilnehmer weitgehend übereinstimmend zwei Grundtendenzen des Vertrags fest: Zum einen sei der Vertrag weniger visionäres Dokument denn in vielen Teilen Nachvollzug bereits politisch geschaffener Fakten, zum anderen könnten zahlreiche Bestimmungen des Vertrags von Lissabon über interinstitutionelle Vereinbarungen und ähnliches auch ohne dessen Ratifikation in Kraft gesetzt werden. Dr. Thomas Gutschker, Leiter des Ressorts Außenpolitik beim Rheinischen Merkur, wies eindrücklich auf diesen Zusammenhang für die GASP/GSVP hin.

Die Erkenntnisse der Diskussionen der Tagung werden in eine in Paris erscheinende Note de l'Ifri zum Vertrag von Lissabon und den umfangreichen Kommentar des ZEI, der im ersten Halbjahr 2009 in der Schriftenreihe des ZEI im Nomos-Verlag Baden-Baden erscheinen wird, einfließen.

3. Nationale Grunddispositionen beiderseits des Rheins: Ungeachtet ihrer häufig zugesprochenen Motorfunktion für die europäische Integration gehen die europapolitischen Vorstellungen der politisch Handelnden in Deutschland und Frankreich häufig auseinander. Die detaillierte Bestimmung, in welchen Bereichen Übereinstimmungen, Unterschiede oder gar offene Gegensätze bestehen, ist das Ziel der Beschäftigung mit den nationalen Grunddispositionen gegenüber der EU in Frankreich und Deutschland, an der sich im Rahmen des Forschungsprojekts „Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“ Wissenschaftler aus beiden Ländern beteiligen. Als Grundlage für die Analyse der einzelnen Politikbereiche haben Wissenschaftler des Ifri seit Sommer 2008 zahlreiche Interviews mit deutschen und französischen Entscheidungsträgern und

Meinungsbildnern geführt. Die ersten Resultate wurden im Rahmen einer deutsch-französischen Konferenz am 16. Dezember 2008 am Ifri in Paris den beteiligten Wissenschaftlern vorgestellt. Im Laufe des Jahres 2009 werden die einbezogenen Wissenschaftler in deutsch-französischen Autorengruppen detaillierte Einzelanalysen vornehmen, die im Herbst 2009 in einen von ZEI und Ifri herausgegebenen Sammelband einfließen. Die beiden Koordinatoren des Projekts, Dr. Claire Demesmay (Ifri) und Andreas Marchetti (ZEI), skizzierten die Bedeutung dieser Analysen für die spätere Generierung von europapolitischen Entwicklungsszenarien in der zweiten Hälfte des gemeinsamen Forschungsprojekts.

4. Aus Anlass der französischen EU-Ratspräsidentschaft luden die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsch-Französische Gesellschaft Bonn und Rhein-Sieg, die Europa Union Deutschland (Bonn-Rhein/Sieg) und das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) am 21. Oktober 2008 zu einer deutsch-französischen Podiumsdiskussion mit der Themenstellung „Wohin steuert Europa? Welche Impulse kann die französische Präsidentschaft geben?“ in das Haus der Geschichte Bonn.

Die Moderation der stark besuchten Podiumsdiskussion hatte Prof. Dr. Johannes Thomas, Prof. em. Der Universität Paderborn, übernommen. Die Diskussionsrunde bildeten Ruth Hieronymi, MdEP, Michael Mertes, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten NRW, Julien Thorel, Maître de conférences, Université Jean Monnet St. Etienne und Thomas Gutschker, Leiter des Ressorts Außenpolitik des „Rheinischen Merkur“ Bonn, der über die letzten Jahrzehnte europäischer Integrationspolitik darlegte, dass die EU mehr von Krisen als von Vertragsdebatten profitiert hat. Einig waren sich die Diskutanten über das herausragende Krisenmanagement der französischen Ratspräsidentschaft angesichts des „Nein“ der Iren zum Lissabon-Vertrag sowie des Krieges in Georgien und der Finanzkrise. Thorel betonte dazu, dass diese Erfolge nicht selbstverständlich seien, da es im Vorfeld zu Reibereien gekommen sei und die Person Sarkozy gleichfalls immer wieder in der Diskussion stünde. Ergebnis der knapp zweistündigen Podiumsdiskussion: Die derzeitigen Krisen in der EU sollten als Chance zum Neuanfang genutzt werden. Früher wie heute sei der „deutsch-französische Motor“ für die europäische Integration entscheidend.

EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei

1. Mit der regelmäßigen Herausgabe des ZEI EU-Turkey-Monitor begleitet das ZEI aktiv die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei. Der Monitor erscheint dreimal jährlich und wird herausgegeben von ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti und ZEI-Junior Fellow Volkan Altıntaş (Akdeniz Universität, Antalya). Die Märzausgabe des ZEI EU-Turkey-Monitor widmet sich eingehender den parlamentarischen Debatten zur EU-Beitrittsperspektive der Türkei auf beiden Seiten des Bosphorus. Zusätzlich bietet die Ausgabe eine Analyse der aktuellen Verfassungsentwicklung in der Türkei. Die Ausgabe vom Sommer 2008 widmet sich aus türkischer und europäischer Sicht der „Union für das Mittelmeer“ und die Winterausgabe thematisiert die Perspektiven eines Stabilitätspakts für den Südkaukasus und die türkische Rolle in der Neuordnung der Region. Alle drei Ausgaben bieten wie stets auch Analysen und Bewertungen des fortschreitenden Verhandlungsprozesses.

2. In Ergänzung zu den originären Arbeiten des ZEI hat ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti in einem Beitrag zu einem von Dr. Daria Dylla und Prof. Dr. Thomas Jäger an der Universität Köln herausgegebenen Band zu „Deutschland und Polen“ die Hintergründe und Mechanismen hinter den jeweiligen nationalen Debatten zu den möglichen EU-Beitritten der Ukraine und der Türkei beleuchtet. Marchetti argumentiert darin, dass nach der letzten großen Erweiterung von 2004/07 die Zwangsläufigkeit neuer Erweiterungsschritte – ungeachtet der unterschiedlichen Schwerpunkte in den jeweiligen nationalen Debatten – deutlich abgenommen habe, da sich Befürworter und Gegner weiterer Aufnahmen nunmehr zunehmend die Waage hielten.

3. ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti nahm in den Medien verschiedentlich Stellung zu aktuellen Entwicklungen in der Türkei bzw. im Verhältnis der Türkei zur EU. Im Rahmen eines Symposiums über die Frage „What is European Culture?“ der Istanbuler Kulturstiftung (IKSV) und der Agentur Istanbul 2010 referierte und diskutierte Andreas Marchetti im November 2008 zur sozialen Konstruktion europäischer Kultur mit besonderem Blick auf die Debatten innerhalb der Europäischen Union.

4. Christoph Ramm, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung für Geschichte Südosteuropas der Ruhr-Universität Bochum, sprach am 20. Mai 2008 zum Thema: „Die Zypern-Problematik und der EU-Beitrittsprozess der Türkei“. Es handelte sich um eine gemeinsame Veranstaltung mit der Deutsch-Türkischen Gesellschaft Bonn.

5. Aufgrund ihrer starken Abhängigkeit von russischen Energieimporten besteht für die Europäische Union die Notwendigkeit, sich zunehmend ihren energiereichen Nachbarregionen in Zentralasien und dem Kaukasus zuzuwenden, wobei auch die Stabilitätsbemühungen im Nahen und Mittleren Osten in diesem Zusammenhang vermehrt voranzutreiben sind. Über den damit verwobenen „Energiepoker am Bosphorus“ sprach am 30. September 2008 Prof. Dr. Udo Steinbach vom Centrum für Nah- und Mittelost-Studien der Philipps-Universität Marburg am ZEI. Die gemeinsame Veranstaltung mit der Deutsch-Türkischen Gesellschaft Bonn sowie der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik mit dem Thema „Energiepoker am Bosphorus – Die Türkei als Scharnier zwischen Europa, dem Kaukasus und Zentralasien“ entfachte eine rege Diskussion unter den Gästen, die im Rahmen des ZEI Europadialogs zahlreich erschienen waren. Die Türkei steht nicht nur im geografischen Mittelpunkt der europäischen Bemühungen zur verstärkten Energiesicherheit durch Diversifikation der Herkunftsländer und Transportwege von Öl und Erdgas. Darüber hinaus kann sie sich auf eine intensive und zunehmend dynamische Entwicklung in den außen- und sicherheitspolitischen Beziehungen zu ihren Nachbarn stützen. Professor Steinbach vertrat die These, dass dies die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Beitrittskandidaten Türkei veränderte, wobei beidseitig nutzbringende Vorteile europäischer und türkischer Kooperation noch nicht hinreichend erkannt und genutzt würden.

Europäische Identität

1. Vom 26.-28. Februar 2008 hielt Prof. Dr. Ludger Kühnhardt im Rahmen einer regelmäßigen Gastprofessur an der Diplomatischen Akademie Wien ein Seminar über die Rolle Deutschlands in der Europäischen Union ab.

2. Vom 19.-22. August 2008 begleitete Prof. Dr. Ludger Kühnhardt den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, auf einer offiziellen Reise als Mitglied der Delegation des Parlamentspräsidenten nach Lettland. Auf dem Programm standen Gespräche mit Staatspräsident Zatlers, Außenminister Riekstijns, Parlamentspräsident Daudze, der früheren Staatspräsidentin Vike-Freiberga, Vertretern der Europäischen Union, Wissenschaftlern, Parlamentariern und religiösen Vertretern. Die Reise fand im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr des Interkulturellen Dialogs statt.
3. Im Discussion Paper C180/2008 „The Jewish Enemy“. Rethinking Anti-Semitism in the Era of Nazism and in Recent Times“ blickt Jeffrey Herf zurück auf den Antisemitismus des Dritten Reiches und legt dar, warum der Antisemitismus gerade in dieser Ära zum Genocid führte und in dieser Zeit auch die Wurzeln für den radikal-islamischen Terrorismus gegenüber Israel zu suchen sind.
4. Jürgen Nielsen-Sikora: „Europa der Bürger. Zeitzeugengespräche mit Peter Altmaier, Barbara Gessler, Ruth Hieronymi und Hans-Gert Pöttering“ (ZEI Discussion Paper C 186/2008): „Europa der Bürger“ gehört als ein Begriff des geltenden Gemeinschaftsrechts zum vocabulaire européen und beinhaltet verschiedenste gemeinschaftspolitische Maßnahmen zur Stärkung der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem europäischen Integrationsprojekt. Es findet seinen Niederschlag nicht zuletzt in den Symbolen der EU sowie in den Definitionen und Zielen des Vertragswerks. Die Bürger sollen darüber hinaus in einem Mindestmaß verstehen lernen, wie Europa funktioniert, so dass transparent sein muss, wie europäische Entscheidungen getroffen werden. Nun hat der Europäische Gerichtshof im Verlauf der Integrationsgeschichte einen immer stärkeren Grundrechtsschutz gegenüber der Hoheitsgewalt der Gemeinschaft gewährleistet und bereits 1989 festgestellt, das „Europa der Bürger“ gehöre zu den objectifs généraux, sprich: zu den allgemeinen Zielen der Gemeinschaft. Vorrangig geht es bei diesem Teilprojekt der Integration nicht zuletzt auch um die aktive Beteiligung der Bürger am Integrationsprozess, und damit um eine grundlegende Voraussetzung in demokratisch organisierten, politischen Gebilden. Die Unionsbürger sollen nicht mehr nur als Wirtschaftsfaktor, sondern als Bürger mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten erfasst werden. Seit dem 1993 in Kraft getretenen Vertrag über die Europäische Union gibt es deshalb ein besonders enges Rechte- und Pflichtenverhältnis zwischen den Bürgerinnen und Bürgern einerseits und der Union andererseits. Dennoch hat gerade das Jahr 2005 mit den Negativreferenden in Frankreich und der Niederlande gezeigt, wie groß die Kluft zwischen europäischer Bürgergesellschaft und europäischen Institutionen ist. Auch die Wahlbeteiligungen zum Europäischen Parlament sprechen eine eindeutige Sprache. Nun stehen mit dem Vertrag von Lissabon und der Wahl zum EP 2009 zwei Großereignisse auf europäischer Ebene an. Das Paper versucht deshalb, die aktuelle Situation nach der Krise von 2005 und dem für Europa so wichtigen Jahr 2009 knapp zu analysieren und lässt Politiker zu Wort kommen, die das Verhältnis von Bürgern und Institutionen reflektieren.
5. Mit dem interkulturellen Dialog befasst sich der für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend verantwortliche EU-Kommissar Ján Figel' im ZEI Discussion Paper C 187/2008: „Reflecting on the European Year of Intercultural Dialogue.“ Als Antwort auf die sich verändernde soziale und kulturelle Landschaft in der Europäischen Union steht das Jahr 2008 unter dem Motto des Interkulturellen Dialogs. Für diesen thematischen Schwerpunkt gibt es zwei Gründe: zum einen die

historischen Erweiterungen in den Jahren 2004 und 2007, als zwölf neue Länder, vornehmlich Mittel- und Osteuropas, der EU beitraten, und zum anderen als Antwort auf die durch andauernde Migrationsströme stetig anwachsenden Einwanderergemeinden in europäischen Städten. Neben der Idee des gegenseitigen Respekts und der Würde des Menschen bildet das Konzept des Interkulturellen Dialogs einen Kernbereich der europäischen Integration. Während des Jahres wird der Interkulturelle Dialog durch eine Reihe von Initiativen, den so genannten Brüsseler Debatten, gefördert, die vor allem die Zivilgesellschaft, aber auch ganz bewusst Lehrer, Betriebe und Religionsvertreter einbeziehen und Themen wie Bildung, Kunst, Migration, Multilinguismus, Religion, Arbeitsstätten und Medien abdecken. Zusätzlich unterstützt die Europäische Kommission sieben Vorzeigeprojekte finanziell. Daneben organisieren die Mitgliedsstaaten einzelne nationale Projekte, die unter dem Dach des Europäischen Jahres des Interkulturellen Dialogs zusammenlaufen. Das gesamte Projekt ist darauf angelegt, einen Langzeitprozess in Gang zu setzen und dabei gleichzeitig in viele Politikfelder hineinzuwirken. Die Idee hinter dem Konzept ist, einen nachhaltigen politischen Prozess in Gang zu setzen, der alle Menschen, die in der EU leben, mit einbezieht. Der EU-Kommissar Ján Figel' beleuchtet in dieser Veröffentlichung Ideen, Hintergründe und Vorgehensweise des Projekts

6. Nach einer Einführung in das geo- und kulturhistorische Verständnis „Atlantischer Zivilisation“ stellt Lazaros Miliopoulos im ZEI Discussion Paper C 188/2008: „Begriff und Idee der ‚Atlantischen Zivilisation‘ in Zeiten transatlantischer Zerreißproben“ insbesondere die historische Adäquatheit der Theorie der „Atlantischen Revolution“ im 18. Jahrhundert zur Diskussion. In Grundzügen versucht er darzulegen, wie sich im Anschluss an die geschichtswissenschaftlichen und zivilisationstheoretischen Ansätze planetarischer Raum- und atlantischer Kulturzivilisation eine politische Wirkungskraft „Atlantischer Zivilisation“ in der historischen Phase eines antitotalitären Atlantizismus seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa und Amerika entfalten konnte. Auf diesem historischen Fundament wird schließlich die möglicherweise unterschätzte politische Relevanz einer daran anknüpfenden Vision namens „Atlantische Zivilisation“, insbesondere auch für die europäische Identitätsbildung, freigelegt.

7. Die Formalia des Bologna-Prozesses sind übernommen, aber es wird noch zu wenig für die Inhalte getan. Diese Meinung vertrat Kai Gehring, MdB und hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der am 3. Juli 2008 mit seinem Team im Rahmen der „Grünen Hochschultour“ das ZEI besuchte. Prof. Ludger Kühnhardt, Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) stellte die Arbeit des Forschungszentrums vor. Interesse erweckten insbesondere die vom ZEI organisierte Sommerakademie, die sich mit dem Vergleich regionaler Integration auseinandersetzt und junge Forscher aus aller Welt anlockt sowie die zwei Master-Studiengänge MES (Master of European Studies) und MERNI (Master of European Regulation of Network Industries), die am ZEI angeboten werden. Besonders lebhaft entspann sich eine Diskussion zu der Frage, wie die Zukunft der (deutschen) Hochschullandschaft aussehen solle. Ein weiteres Thema war die aktuelle Verfassung der E U, die das ZEI im Rahmen seiner Projekte und Publikationen erforscht und begleitet.

8. „Verstecken muss sich Nordrhein-Westfalen mit seinen 18 Millionen Einwohnern und seiner Wirtschaftskraft nicht in Europa“, sagte Andreas Krautscheid, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-

Westfalen, bei seinem Vortrag „NRW in Europa“ am 18. November 2008 am ZEI. Vor Studenten der beiden ZEI-Masterstudiengänge Master of European Studies Program (MES) und Master of European Regulation of Network Industries (MERNI) sowie Mitarbeitern des ZEI gab der Minister am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) einen Einblick in seinen vielfältigen Berufsalltag; er betonte die Bedeutung bilateraler Beziehungen mit anderen Staaten, erzählte von den Aufgaben der NRW-Vertretung in Brüssel und wies auf die wichtige Zusammenarbeit mit Berlin hin. Einmischen und Einfluss nehmen auf neue Ideen oder Projekte seien wichtige Inhalte seiner Arbeit für die Unterstützung der Position Nordrhein-Westfalens in Europa.

9. Mit dem Dissertationsprojekt „Erwerbswanderungen in der erweiterten Europäischen Union am Beispiel der Arbeitsmigration aus Polen von ZEI Junior Fellow Dipl.-Geogr. Janusz Musial, wird ein seit den 1990er Jahren beobachtetes Phänomen der periodischen erwerbsorientierten Wanderung aus Polen nach Deutschland untersucht. Dabei wird die signifikante Erwerbswanderung aus dem Gebiet Opper Schlesiens im Südwesten Polens unter unterschiedlichen sozioökonomischen Gegebenheiten vor und nach dem Beitritt Polens in die Europäische Union analysiert. Ausgehend von der These, dass die gegenwärtigen Voraussetzungen für die Migration in den Quell-Gebieten (Push-Faktoren) und die Anziehungsimpulse (Pull-Faktoren) in den Zielgebieten für die Akteure der Wanderung in der nahen Zukunft bestehen bleiben, soll dargestellt werden, dass die ökonomisch motivierte Migration zu einem der Begleiterscheinungen des Kohäsionsprozesses zwischen den neuen und den alten Mitgliedsländern der EU werden wird. Drei wichtige Merkmale spielen dabei eine entscheidende Rolle: Die Divergenzen im Einkommensniveau in den Quell- und den Zielgebieten der Migranten mit einhergehender ökonomischer Attraktivität der Migration, welche durch die steigende Effizienz der Transportmöglichkeiten verstärkt wird, die Öffnung der Arbeitsmärkte in ausgewählten westlichen Mitgliedsstaaten der EU und die extreme Flexibilität und Mobilität der Akteure der Migration. Die aufgestellte These wird unter anderem durch Auswertung der eigenen Untersuchungen untermauert, die im Quellgebiet der Migration regelmäßig seit 2001 durchgeführt wurden, sowie den Vergleich mit den aktuellen Migrationsentwicklungen nach Großbritannien und Irland. Der Abschluss ist für Sommer 2009 geplant.

10. Research Fellow Leonard Jamfa, University of Yaounde, Cameroon, verbrachte im Rahmen seiner post-doctoral Studien an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen, Frankfurt, einen mehrmonatigen Forschungsaufenthalt (von September 2007-März 2008) zum Thema „Europe faced to ist new citizens: integration, assimilation or exclusion? An analysis of the status of African migrants in the EU“ am ZEI.

Summary: “Successive German governments have for several years undertaken various political and economic measures aiming at enhancing the integration of Citizens with a migration background. The educational system being one of the key instruments of social integration, it becomes a matter of great scientific interest to know whether those political and economic measures do buster the educational level of Migrants, or not. The attention is focused on Migrants originating from Cameroon. Questions guiding the research concept resume as to know the location of their schools, the types of schools they attend, their chances of having access to qualified and highly qualified job positions, their ability to participate qualitatively to political debates in Germany from the basis of their school or academic training, etc.”

Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme

Die Gestaltung eines sich neu herausbildenden Föderalismus in Europa gehört ebenso zu den dringlichen Themen der aktuellen, wirtschaftspolitischen Diskussion wie die Reform des Föderalismus in der Bundesrepublik. Im Jahr 2003 richtete die Deutsche Forschungsgemeinschaft ein Schwerpunktprogramm „Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theoretische und empirische Aspekte“, das von Prof. Dr. Jürgen von Hagen als Sprecher koordiniert und geleitet wird. Der Forschungsschwerpunkt wurde Anfang 2007 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft evaluiert und für eine weitere Förderungsperiode verlängert.

1. Das ZEI veranstaltete vom 14. - 18. Juni 2008 die dritte Summer School für die Nachwuchswissenschaftler in diesem Schwerpunktprogramm. Dozent der Summer School war Prof. David Wildasin, PhD, University of Kentucky, der zu den international bekanntesten Forschern auf dem Gebiet des Fiskalischen Föderalismus zählt. Neben Vorlesungen des Dozenten gab es während der Summer School in Seminaren Gelegenheit für die Mitarbeiter, ihre Forschung vorzustellen und zu diskutieren.

Vom 18. – 20. August 2008 fand am ZEI ein Workshop für die Mitarbeiter des Schwerpunkts statt. Prof. Timothy Goodspeed, PhD, Hunter College New York, hielt in diesem Rahmen Vorlesungen über neueste Forschungsergebnisse zum Föderalismus und diskutierte mit den Teilnehmern über deren Forschungsprojekte.

Am 21. – 22. November 2008 fand der 7. Workshop des Schwerpunkts in Mannheim statt. Hier wurden Projektergebnisse vorgestellt und diskutiert.

2. Am ZEI wurden im Rahmen dieses Schwerpunktprogramms zwei Projekte bearbeitet. Junior Fellow Daniela Treutlein beschäftigte sich mit der Frage, wie weit die politische Integration in Europa fortgeschritten ist. Ziel ihres Projekts, das gemeinsam mit dem Politikwissenschaftler Prof. Dr. Thomas König, Speyer, konzipiert und durchgeführt wird, ist die Entwicklung eines empirischen Maßes für politische Integration in der EU. Dieses Maß stützt sich auf den Anteil nationaler Gesetzgebung, der in der Übertragung von EU Recht in nationales Recht besteht. Durch Betrachtung der Entwicklung dieses Maßes über die Zeit und den Vergleich unterschiedlicher Länder sollen Determinanten des Prozesses der politischen Integration empirisch erfasst werden. Ihre Dissertation wurde im April 2008 erfolgreich abgeschlossen.

3. Junior Fellow Michael Evers befasst sich in einem zweiten Projekt, das noch bis Herbst 2009 andauert, mit der Makroökonomik des Finanzausgleichs in einem föderalen System. Ziel seiner Arbeit ist die Entwicklung eines dynamischen, makroökonomischen Modells einer Föderation und Währungsunion, mit dessen Hilfe die wohlfahrtsökonomischen Eigenschaften eines Finanzausgleichssystems analysiert werden können. Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen, wie eine optimale Gestaltung eines Finanzausgleichs zur makroökonomischen Stabilisierung erreicht werden kann.

4. ZEI Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen und Ralph Hepp, PhD, Fordham University in New York, erarbeiteten im Rahmen dieses Projekts eine empirische

Studie über die Umverteilungs- und Versicherungswirkungen des Finanzausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland. Die Arbeit geht insbesondere auf die Folgen der Reform des Finanzausgleichs im Jahr 1995 ein, in der die ostdeutschen Bundesländer in den Finanzausgleich integriert wurden. Die Arbeit zeigt, dass der Finanzausgleich v. A. eine fast perfekte Versicherung der Länderhaushalte gegen asymmetrische Schocks darstellt. Besonders die westdeutschen Nehmerländer haben von der Einbeziehung der ostdeutschen Bundesländer profitiert.

Haushaltspolitische Institutionen auf Gemeindeebene

In einem gemeinsamen Projekt mit der Universität Lille, das von der DFG und der französischen nationalen Wissenschaftsförderung finanziert wird, untersuchen ZEI Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen und Senior Fellow Prof. Dr. Etienne Farvacque die Entwicklung der haushaltspolitischen Institutionen auf Gemeindeebene in Deutschland, Frankreich und einigen anderen Ländern. Ziel der Arbeit ist es, die Effektivität unterschiedlicher Budgetregeln in den Ländern miteinander zu vergleichen. Auf diese Weise soll gezeigt werden, wie die lokale Ebene zum Ziel der Dauerhaften Tragfähigkeit der Öffentlichen Finanzen in der Europäischen Währungsunion beiträgt bzw. beitragen kann. Projektmitarbeiter am ZEI ist Dipl. Volkswirt Dirk Foremny.

Wirtschaftspolitischer Wettbewerb

In der wirtschaftspolitischen Debatte um die institutionelle Entwicklung der EU nimmt die Frage um des Verhältnisses der verschiedenen wirtschaftspolitischen Systeme in den Mitgliedsländern zueinander einen breiten Raum ein. Diese Debatte hat mehrere Facetten. Ein Teil der Diskussion konzentriert sich auf die Frage, inwieweit die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer im Wettbewerb zueinander stehen können oder harmonisiert und koordiniert werden müssen. Ein zweiter Teil der Diskussion betrachtet die Notwendigkeit eines fiskalischen Verbunds der Mitgliedstaaten der Währungsunion nach dem Muster des deutschen Finanzausgleichs zur Sicherung von Beschäftigungsstabilität in den einzelnen Mitgliedsländern. Ein dritter Teil befasst sich mit dem Problem des Steuerwettbewerbs in Europa. In einem vierten Teil schließlich geht es um die Entwicklung der lokalen Gebietskörperschaften in Europa und mit ihr Verhältnis zu den übergeordneten politischen Ebenen in der Union. Das ZEI führt seit 1997 ein breit angelegtes Forschungsprogramm durch, das Beiträge zu diesen Forschungsfragen leistet.

Die Diskussion um Wettbewerb versus Harmonisierung der wirtschaftspolitischen Ansätze und Systeme in der EU betrachtet die Frage, wie unterschiedliche Systeme z. B. der Arbeitsmarktregulierung in den Mitgliedstaaten nebeneinander bestehen können. Populäre Argumente behaupten, die europäische Integration führe zu Wettbewerb der Systeme ähnlich dem Marktwettbewerb zwischen den Anbietern eines Gutes. Die Analogie führt zu dem Schluss, dass sich das jeweils beste wirtschaftspolitische System bewährt.

Die einfache Analogie hält jedoch näherer Überprüfung nicht stand. Anders als auf Märkten für Güter- und Dienstleistungen gibt es im Wettbewerb der wirtschaftspolitischen Systeme keine klaren, wirtschaftlichen Anreizstrukturen und keine wohldefinierten Zu- und Austrittsrechte. Die Marktanalogie greift daher nicht.

Dr. Martin Seidel, Senior Fellow des ZEI hat sich in mehreren Beiträgen mit dem Problem einer angemessenen Wettbewerbsordnung für den Systemwettbewerb auseinandergesetzt. Senior Fellow Klaus Büniger arbeitet ebenfalls über dieses Thema.

Forschungsgruppe II: „Europäische Mikrostrukturen, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik“

Regulierung der Netzwirtschaften

Die Forschungsprojektgruppe „Regulierung der Netzwirtschaften“ untersucht im Schwerpunkt die auf Investitionsanreizen und Netzgestaltungspflichten basierende Netzregulierung im Spannungsfeld von staatlicher Infrastrukturverantwortung und Wettbewerbsförderung. Die Arbeit in den letzten Jahren hat gezeigt, dass nur eine sektorübergreifende Betrachtung der netzbasierten Industrien die Voraussetzung für eine konsistente und intelligente Regulierung schafft. Daher wurde im Jahr 2008 eine Umstrukturierung der Forschungsprojektgruppen vorgenommen: Die bereichsübergreifende Forschungsprojektgruppe „Regulierung der Netzwirtschaften“ umfasst nunmehr die Bereiche des Europäischen Telekommunikations-, des Eisenbahn- sowie des Energierechts.

1. Das energiewirtschaftsrechtliche Jahr 2008 war einmal mehr wesentlich geprägt von gemeinschaftsrechtlichen Regulierungsimpulsen. So trafen die europäischen Energieminister anlässlich des Rats in Luxemburg am 10. Oktober 2008 eine politische Einigung hinsichtlich des von der Europäischen Kommission im September 2007 vorgelegten sog. Dritten Liberalisierungspakets. Diese Einigung beendete die monatelange Debatte der Mitgliedstaaten um die Einführung neuer regulatorischer Rahmenbedingungen für die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft. Kernstück des Richtlinienpakets ist die über die rein gesellschaftsrechtliche Separierung hinausgehende eigentumsrechtliche Trennung der Energievertriebs- und Erzeugungstätigkeiten von den Netzbetriebstätigkeiten innerhalb eines vertikal integrierten Energieversorgungsunternehmens, sog. Ownership Unbundling. Auf Basis dieser politischen Einigung haben Rat, Europäisches Parlament und Europäische Kommission Diskussionen eingeleitet, um einen Kompromiss im Hinblick auf die umstrittene Einführung einer eigentumsrechtlichen Entflechtung in der Energiewirtschaft zu erreichen. Die endgültige Verabschiedung des Richtlinienpakets wird für die erste Hälfte des Jahres 2009 erwartet. Des Weiteren hat die Europäische Kommission im Januar 2008 ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Energie- und Klimapolitik vorgestellt, mit dem u.a. die Weiterentwicklung des Emissionshandels ambitioniert vorangetrieben wird. So will die Europäische Kommission eine einheitliche Gesamtmenge (Cap) für den Emissionshandel in allen Mitgliedstaaten festlegen. Auch die Zuteilungsregeln für die Anlagentypen werden harmonisiert, was insbesondere für die Elektrizitätsbranche einschneidende Auswirkungen haben wird. So sollen ab 2013 sämtliche Zertifikate für stromerzeugende Anlagen versteigert werden. Auf nationaler Ebene haben insbesondere die lang erwarteten Entscheidungen des BGH im August 2008 in den verschiedenen Entgeltenehmigungsverfahren für mehr Klarheit in vielen umstrittenen Einzelfragen gesorgt. So hat der Kartellsenat des BGH am 14. August

2008 erstmals über Grundsatzfragen der Netzentgeltkalkulation im Elektrizitätsbereich entschieden.

Die Forschungsgruppe hat diese aktuellen Entwicklungen im Energiebereich sowie auch sektorenübergreifend Entwicklungen im Regulierungsrecht zum Thema diverser Publikationen und Veranstaltungen gemacht. Zu Letzteren waren stets namhafte Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung geladen.

2. Im Bemühen, den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis weiter zu fördern, wurde die Arbeit des im Jahr 2004 gegründeten Expertenkreises „Netzzugang und Entgeltregulierung“ erfolgreich fortgeführt und am 10. Dezember 2008 zum Thema „Perspektiven des Glasfaserausbau vor dem Hintergrund der aktuellen Bankenkrise“ diskutiert. Für das Auftaktstatement konnte Herr Hannes Wittig, Analyst bei JP Morgan Securities, gewonnen werden. Sprecher des Arbeitskreises sind weiterhin neben Prof. Dr. Christian Koenig, ZEI, Dr. Cara Schwarz-Schilling, BNetzA, Bonn, und Robert Klotz, Hunton & Williams, Brüssel.

3. Schließlich fanden auch im Jahr 2008 erneut die Energiegespräche in Berlin statt. Die ebenfalls im Jahr 2004 ins Leben gerufene Veranstaltungsreihe stellt ein Forum für den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu sektorspezifischen Fragestellungen zur Verfügung. Referenten waren u.a. der Vorsitzende der Monopolkommission, Prof. Dr. Justus Haucap, Universität Nürnberg-Erlangen, sowie Prof. Dr. Johannes Hellermann, Universität Bielefeld.

4. Darüber hinaus hat die Forschungsgruppe im Jahre 2008 die Neuauflage des Lehrbuchs „Energierrecht“ der Autoren Koenig, Kühling und Rasbach fertiggestellt. Die zweite Auflage des Lehrbuchs ist im Herbst 2008 im UTB-Verlag erschienen.

5. Die Arbeit der Forschungsgruppe „Telekommunikationsrecht“ war auch im Jahr 2008 geprägt durch die Änderungsvorschläge der Europäischen Kommission zum Rechtsrahmen für elektronische Kommunikation (TK-Review) im November 2007. Die Forschungsgruppe hat sich in diesem Zusammenhang insbesondere mit dem Vorschlag der Europäischen Kommission zur Schaffung einer europäischen Regulierungsagentur beschäftigt. Hierbei hat sich die Forschungsgruppe intensiv mit der möglichen Ausgestaltung einer solchen Agentur auseinandergesetzt, eigene Ansätze entwickelt und Vorschläge hierzu im Rahmen einer Folgenanalyse wissenschaftlich flankiert. Auch weitere umstrittene Themen im Rahmen des Reviews, etwa die Zuweisung der Funkfrequenzen, die funktionale Trennung und das Regelwerk für die Netzwerke der nächsten Generation (NGN), waren Forschungsgegenstände. Mit Spannung darf nun die weitere Entwicklung erwartet werden. Das Europäische Parlament wird voraussichtlich im April 2009 mit der zweiten Lesung beginnen. Die abschließende Annahme des Pakets wird für Mitte 2009 erwartet.

6. Zudem hat sich die Forschungsgruppe intensiv mit der Problematik der Regulierung neuer Märkte auseinandergesetzt. Hier wurde vor dem Hintergrund der im Jahr 2009 erwarteten Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs analysiert, welche legislative und exekutive Behandlung dieser Märkte angezeigt ist. Auch die sektorübergreifende Betrachtung gewann in diesem Zusammenhang an Bedeutung: Während die Problematik der Regulierung neuer Märkte aktuell im Telekommunikationsrecht virulent ist, wird eine Untersuchung nunmehr auch für die Netzwirtschaften Energie und Eisenbahn angeregt.

7. Ein weiteres Thema war die Allokation der UHF-Frequenzen, welche im Rahmen der Umstellung des öffentlichen Rundfunks von analoger auf digitale Technik frei werden. Hierbei stand insbesondere die Fragestellung im Vordergrund, ob eine Kompetenz der Europäischen Kommission zur europaweit einheitlichen Allokation unter Art. 95 EG besteht oder ob diese Kompetenz den Mitgliedstaaten zukommt.

8. Die Forschungsgruppe war zudem in diesem Jahr mit der Überarbeitung des Werkes „EC Competition and Telecommunications Law“ beschäftigt. Die Neuauflage basiert auf dem erstmals im Jahr 2002 im Kluwer Verlag erschienenen Werk, das von Prof. Dr. Christian Koenig in Zusammenarbeit mit Dr. Andreas Bartosch, Senior Fellow des ZEI, und Jens-Daniel Braun, Richter am Amtsgericht Marburg, erstellt wurde. Für die zweite Auflage konnte Marion Romes LL.M., Senior Fellow des ZEI, als weitere Herausgeberin gewonnen werden. Aufgrund des TK-Review 2007 der Europäischen Kommission im Bereich der TK-Wirtschaft wurde das Werk komplett überarbeitet und die Änderungsvorschläge der Europäischen Kommission eingearbeitet. Die Neuauflage beinhaltet eine Analyse des EG-Richtlinienpakets aus dem Jahr 2002 bis heute, sowie einen Überblick der geplanten Reform des europäischen Rechtsrahmens für elektronische Kommunikation. Abgebildet wird in methodisch detaillierter Weise die Balance zwischen sektorspezifischer Regulierung und allgemeinem Wettbewerbsrecht. Insgesamt deckt das Buch sowohl das materielle als auch das institutionelle Recht der gesamten EG-Telekommunikationsregulierung ab. Ebenso einbezogen werden das Medien- und Kommunikations- sowie das Beihilfenrecht für die fachspezifischen Bereiche. Das Werk erscheint Anfang 2009.

9. Im Eisenbahnsektor analysierte die Forschungsprojektgruppe insbesondere die Reichweite der Entflechtungsvorgaben, die durch erste gerichtliche Entscheidungen weiter präzisiert wurde. Zudem wurde die im Energierecht vorerst bereits abgeschlossene, im Eisenbahnrecht gerade einsetzende Diskussion um die Einführung einer Anreizregulierung begleitet.

10. In dem Bestreben, die netzwirtschaftsübergreifende Diskussion zu beleben, wurde im Jahr 2008 das „Bonner Zentrum Wettbewerb und Regulierung“ gegründet. Das Bonner Zentrum ist ein in Kooperation des Bundeskartellamts, der Bundesnetzagentur, der Universität Bonn (Professor Dr. Matthias Herdegen) und des Zentrums für Europäische Integrationsforschung an der Universität Bonn (Professor Dr. Christian Koenig LL.M.) ins Leben gerufenes Veranstaltungsforum, das die Schnittstellen zwischen sektorspezifischer Regulierung und dem allgemeinen Wettbewerbsrecht anhand aktueller Themen in den Mittelpunkt stellt.

Die erste Veranstaltung des Zentrums fand unter reger Beteiligung am 28. Oktober 2008 im Stucksaal des Poppelsdorfer Schlosses zum Thema „Nachträgliche Missbrauchskontrolle, Kooperationsverfahren nationaler Regulierungsbehörden und Verschärfung des Unbundlingregimes im Energiesektor“ mit Vertretern des Bundeskartellamts, der Bundesnetzagentur, der Europäischen Kommission und der Praxis statt. Prominent besetzt beschäftigte sich das erste Panel mit der Zukunft der nachträglichen Missbrauchskontrolle in den Netzwirtschaftssektoren. Dr. Bernhard Heitzer, Präsident des Bundeskartellamtes, und Matthias Kurth, Präsident der Bundesnetzagentur, diskutierten unter der Moderation von Dieter Fockenbrock, Handelsblatt, Düsseldorf. Herausgestellt wurde in dieser Diskussionsrunde das

Bewusstsein der beiden Behörden als zueinander komplementäre Einrichtungen. Nicht zuletzt fördere die klare Zuständigkeitsverteilung die funktionierende Zusammenarbeit der beiden Behörden auf allen Ebenen. Heitzer stellte dabei heraus, dass die Öffnung der – in der regulierenden Hand der Bundesnetzagentur verorteten – Netzmonopole nur funktionieren könne, wenn die vor- und nachgelagerten Märkte von wirksamem Wettbewerb – kontrolliert durch das allgemeine Wettbewerbsrecht – geprägt seien.

Einen ersten wichtigen Schritt in der Überführung der Telekommunikationsmärkte in die Kontrolle durch das allgemeine Wettbewerbsrecht sieht Heitzer in der Reduktion der Märkteempfehlung der Kommission. Bereits heute böten die allgemeinen Missbrauchsverbote alle Mechanismen, um wettbewerblichen Problemen auf den überführten Märkten zu begegnen. Einen Bedarf für ein spezielles Missbrauchsverbot im Telekommunikationssektor sehe er nicht. Kurth wies darauf hin, dass dem Bundeskartellamt mit den allgemeinen Missbrauchsverboten geeignete Eingriffsbefugnisse zustünden. Auf den bereits entlassenen Auslandsmärkten sei es nicht zu den befürchteten Problemen gekommen.

Auf dem zweiten Panel stand die vorgeschlagene Europäisierung der Kooperationsverfahren durch die Etablierung „Europäischer Regulierungsagenturen“ für den Telekommunikations- und Energiesektor zur Diskussion. Unter der Moderation von Professor Dr. Christian Koenig, ZEI, Bonn, diskutierten Dr. Annegret Groebel, Bundesnetzagentur, Bonn, Dr. Marcel Haag, Europäische Kommission, Brüssel, Wolfgang Kopf, DTAG, Bonn, und Dr. Frederic Ufer, VATM, Köln. Zu Tage trat in der insbesondere um die Agentur für den Telekommunikationssektor geführten Diskussion die grundlegend differente Herangehensweise zwischen den Vertretern der Europäischen Kommission sowie der Bundesnetzagentur: Während Haag den „Top-down“-Ansatz befürwortete, plädierte insbesondere Groebel, unterstützt durch Kopf, für einen „Bottom-up“-Ansatz, der auf den bewährten Strukturen der ERG aufbaue. Auch Ufer sprach sich gegen einen „Europäischen Regulierer“ aus, befürwortete jedoch das von der Kommission vorgeschlagene Veto im Hinblick auf die Abhilfemaßnahmen: Ein solches Veto könne für das notwendige „Brüsseler Korrektiv“ sorgen. Im Anschluss an dieses Panel blickte Robert Klotz, Senior Fellow am ZEI, Brüssel, auf die „Brüsseler Stimmung“.

Das dritte Panel beschäftigte sich unter Moderation von Dr. Christian Theobald, Senior Fellow am ZEI, Berlin, mit den anstehenden Neuerungen auf dem Energiesektor: Die Kommissionsvorschläge im Rahmen des dritten Energiebinnenmarktpakets sehen die Einführung einer umfassenden eigentumsrechtlichen Entflechtung oder die Etablierung eines „Independent System Operators“ vor. Inzwischen wurden diese Vorschläge durch die insbesondere verfahrensrechtliche Verschärfungen vorsehende „Dritte Option“ erweitert. Übereinstimmend bezweifelten die Diskussionsteilnehmer, dass diese weitergehende Entflechtung zu einer Verbesserung der Strukturen auf dem Energiemarkt führen werde. Die Panelteilnehmer, Karsten Bourwieg, Bundesnetzagentur, Bonn, Thorsten Coß, Stadtwerke Witten, Bochum, Dr. Felix Engelsing, Bundeskartellamt, Bonn, und Dr. Bernd-Michael Zinow, EnBW, Karlsruhe, sahen nicht, dass eine eigentumsrechtliche Entflechtung die bestehenden Probleme auf dem Energiemarkt beseitigen könne. Von deutlich größerer Bedeutung sei hingegen eine Weiterentwicklung der Kooperationen zwischen den Netzbetreibern.

Öffentliches Wettbewerbsrecht und Vergaberecht

1. Im Rückblick auf die Tätigkeit der beiden Forschungsgruppen ist zunächst auf eine von Herrn Prof. Dr. Christian Koenig durchgeführte Schulungsveranstaltung des Vergabeamts Köln hinzuweisen. Ziel und Inhalt des Seminars war die Einführung in grundlegende und praxisrelevante Fragen des Wettbewerbsrechts mit besonderem Schwerpunkt auf aktuelle Entwicklungen in der vergaberechtlichen Rechtsprechung und den Neuerungen des wettbewerblichen Dialogs als Investorenwettbewerb. Für diese Inhouse-Schulung wurde ein umfassendes Skript erstellt.
2. Auf Einladung des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr wurde beim „2. ÖPNV-Forum an Rhein und Ruhr“ in Düsseldorf zum Thema „Weichen stellen Richtung Zukunft: Wettbewerb auf der Schiene“ unter der Beteiligung von Prof. Dr. Christian Koenig diskutiert. In seinem Vortrag „SPNV-Verträge und die Folgen eines Verstoßes gegen das EG-Beihilfenrecht“ erläuterte Prof. Dr. Christian Koenig, dass überkompensierende Schienenpersonennahverkehrsverträge den Beihilfentatbestand erfüllen und folglich nichtig sind.
3. Neben zahlreichen Veröffentlichungen zum EG-Beihilfenrecht in juristischen Fachzeitschriften wurde Ende des Jahres eine bereits länger geplante „Textsammlung zum Europäischen Beihilfenrecht“ unter Herausgeberschaft von Professor Dr. Christian Koenig fertiggestellt, welche Anfang 2009 im Beck-Verlag veröffentlicht wird. Dabei handelt es sich um eine synoptische Zusammenstellung der für die EG-beihilfenrechtliche Praxis wichtigsten Rechtstexte der Europäischen Kommission und des Rates in Deutsch und Englisch. Vorangestellt ist eine umfassende Einführung in die Systematik des EG-Beihilfenrechts, welche ebenfalls in Deutsch und Englisch verfasst wurde.
4. Daneben arbeitete die Forschungsgruppe insbesondere intensiv und in Kooperation mit den anderen ZEI-internen Forschungsgruppen und mit dem Lehrstuhl von Prof. Dr. Matthias Pechstein und Prof. Dr. Andreas Haratsch an der Neuauflage des Lehrbuchs „Europarecht“ von Haratsch/Koenig/Pechstein mit. Die nunmehr sechste Auflage wird aller Voraussicht nach im April 2009 im Mohr Siebeck-Verlag erscheinen.
5. Wie auch in den vergangenen Jahren schon war die Abteilung auch im Jahr 2008 im Bereich von Twinning-Projekten aktiv. Mit zentraler Hilfe des ZEI unter der Leitung von Prof. Dr. Christian Koenig führt das Bundeswirtschaftsministerium seit dem 01. Oktober 2007 ein Twinning-Projekt in Marokko durch. Das Projekt „Wettbewerb“ dient der Unterstützung Marokkos bei der Umsetzung des im März 2000 in Kraft getretenen Assoziierungsabkommens und des darauf seit Juli 2005 aufbauenden Aktionsplans zwischen der Europäischen Union und dem Königreich Marokko im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Der Aktionsplan sieht den Aufbau einer funktionstüchtigen Wettbewerbsaufsicht vor. Um die Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz der marokkanischen Wirtschaft zu stärken, unterstützt das Projekt den marokkanischen Gesetzgeber bei Gesetzesvorhaben und hilft der marokkanischen Regierung bei der Verbesserung der Zusammenarbeit der verschiedenen Verwaltungseinheiten im Bereich des Kartellrechts in Marokko. Darüber hinaus fördert das Projekt den Aufbau einer funktionstüchtigen Wettbewerbsaufsicht, indem es unter anderem Schulungsmaßnahmen für Kartellbeamte und Richter im Bereich des Wettbewerbsrechts, der

Wettbewerbspolitik und zu organisationsrechtlichen Fragen vorsieht. Schließlich trägt es dazu bei, dass die Notwendigkeit eines funktionierenden Kartellrechts in Marokko deutlicher wahrgenommen wird.

Durch die Entsendung des ZEI Senior Fellows Georg Kristian Kampfer verhelfen die Projektträger dem Projekt zu weitgehender Nachhaltigkeit. Herr Kampfer arbeitet im marokkanischen Wirtschaftsministerium in Rabat insbesondere an der Errichtung eines Forschungs- und Fortbildungsinstituts auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts. Das Forschungs- und Fortbildungsinstitut soll nach Beendigung des Twinning-Projekts (voraussichtlich 31. März 2010) die begonnenen Schulungsmaßnahmen fortführen, die im Wirtschaftsministerium angesiedelte Direktion „Wettbewerb und Preiskontrolle“ bei der Erstellung von Studien unterstützen, auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts forschen und den Wettbewerbsgedanken auch künftig in der Öffentlichkeit und innerhalb der Verwaltung verbreiten. Hierzu hat Herr Kampfer bereits in zwei umfangreichen Gutachten den Projektträgern mögliche Ziele und die geplante Struktur des künftigen Forschungs- und Fortbildungsinstituts sowie einen konkreten Projektantrag nebst einem ersten Finanzierungsvorschlag unterbreitet. Auch bei seinen künftigen Einsätzen steht Herr Kampfer im Kontakt mit Vertretern der Weltbank, der Europäischen Kommission, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und der politischen Stiftungen in Marokko, um das geplante Wettbewerbszentrum durch ein internationales Netz zu stützen. Das Twinning-Projekt wird von dem ehemaligen ZEI-Mitarbeiter Krzysztof Jaros vor Ort koordiniert.

Regulierung Europäischer Gesundheitsmärkte / Europäisches Pharmarecht

Im Mittelpunkt der Arbeit der Forschungsprojektgruppe „Regulierung Europäischer Gesundheitsmärkte / Europäisches Pharmarecht“ standen im Jahr 2008 aktuelle Fragen des Einflusses der EG-Grundfreiheiten, des Wettbewerbs- und Kartellrechts und des Vergaberechts auf die verschiedenen Märkte für Gesundheitsleistungen (Vertragsärztliche Leistungen / Heil- und Hilfsmittel / Arzneimittel etc.).

1. Die Tragweite der Grundfreiheiten wurde beispielsweise im Hinblick auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Pharmaindustrie untersucht: Nach ständiger Rechtsprechung des EuGH sind nicht nur die Mitgliedstaaten, sondern auch sog. intermediäre Gewalten an die Grundfreiheiten des EG-Vertrags gebunden. Die Rolle des EG-Wettbewerbsrechts analysierte die Forschungsprojektgruppe im Hinblick auf Kassenärztliche Vereinigungen und das Vertragsarztrecht.

2. Ein Tätigkeitsschwerpunkt lag in der Untersuchung, ob das deutsche Fremd- und Mehrbesitzverbot an öffentlichen Apotheken mit den EG-Grundfreiheiten vereinbar ist. Dieses Fremd- und Mehrbesitzverbot verwehrt insbesondere Kapitalgesellschaften den Zugang zum deutschen Apothekenmarkt und beeinträchtigt so die Niederlassungsfreiheit des EG-Vertrags. Nachdem bereits 2007 die Frage der entsprechenden Auslegung der Niederlassungsfreiheit dem EuGH im Wege des Vorabentscheidungsverfahrens vom VG Saarland vorgelegt worden war, wurden 2008 im Nachgang zur mündlichen Verhandlung die Schlussanträge veröffentlicht. Die Forschungsprojektgruppe begleitete diesen Prozess durch Publikationen und Vorträge.

3. Intensiv hat sich die Forschungsprojektgruppe weiterhin mit der Anwendbarkeit des europäischen Vergaberechts auf Leistungen im Gesundheitswesen, insbesondere auf Leistungen nach dem Vierten Kapitel des SGB V, auseinandergesetzt. Die Gesundheitsreformen der jüngeren Vergangenheit haben den Anwendungsbereich des europäischen Vergaberechts im Gesundheitswesen erweitert. Die Eigenschaft der Krankenkassen als öffentliche Auftraggeber im Sinne des europäischen Vergaberechts wurde 2008 durch die Schlussanträge in der Rs. C-300/07 vor dem EuGH bestätigt. Die Forschungsprojektgruppe hat sich im Wege von Publikationen und Beratungen aktiv an der Beseitigung der im Hinblick auf die Anwendbarkeit des europäischen Vergaberechts bestehenden Unklarheiten beteiligt. Im Blickpunkt stand darüber hinaus die EG-beihilfenrechtliche Bewertung von Tätigkeiten auf dem deutschen Gesundheitsmarkt. Schließlich beschäftigte sich die Forschungsprojektgruppe mit Tragweite und Auswirkungen der Verordnung (EG) Nr. 141/2000 über Arzneimittel für seltene Leiden.

Regionale Entwicklung in den Beitrittsländern der EU

Senior Fellow Dr. Iulia Traistaru leitete ein Forschungsprojekt über das Wachstumsverhalten und die Determinanten des Wirtschaftswachstums in den Regionen Europas. Das Projekt wird von der Europäischen Kommission im Rahmen ihres 6. Rahmenprogramms finanziert. Beteiligt sind neben dem ZEI Universitäten aus verschiedenen Europäischen Ländern sowie aus China.

Das Forschungsprojekt untersucht die wesentlichen Determinanten der jüngsten Wachstumserfolge in dynamischen Regionen (China, Indien, Südost-Asien, Brasilien, Russland, Zentraleuropa). Der Schwerpunkt liegt auf der Analyse der wechselnden komparativen Wettbewerbsvorteile und des Transfers von Wissen bzw. modernen Technologien in einer wissensbasierten Weltwirtschaft. Ziel des Projektes ist, Implikationen für geeignete, wachstumsfördernde Politikmaßnahmen abzuleiten, die in der EU umgesetzt werden können. Dabei werden insbesondere die folgenden Faktoren berücksichtigt: a) die Bedeutung von Wissen und Innovation für das ökonomische Wachstum auf der Länder- Regionen- und Firmenebene; b) die Implikationen von wechselnden komparativen Wettbewerbsvorteilen für die weltweite Einkommensverteilung, Einkommenskonvergenz und Wettbewerbsfähigkeit; c) der Einfluss von öffentlichen Politikmaßnahmen auf Innovation und Wachstum und die sich daraus ergebenden Optionen für eine erfolgreiche Wachstumspolitik der EU. Das Forschungsprojekt basiert sowohl auf theoretischen als auch empirischen Beiträgen. Dipl. Volkswirt Marc Schiffbauer arbeitet in Rahmen seines Dissertationsprojekts an diesem Projekt

Forschungsgruppe III: „Makroökonomische Politik und Institutionen“

Internationale Kapitalflüsse und ihre Regulierung

1. Durch die Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs innerhalb der EU und in vielen Ländern außerhalb Europas haben internationale Kapitalströme in den letzten 20 Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Dabei geht es sowohl innerhalb Europas als auch weltweit häufig um Kapitalströme zwischen Industrieländern und Schwellenländern. ZEI Senior Fellow Haiping Zhang und Professor Dr. Jürgen von Hagen betrachten in einem gemeinsamen Projekt die volkswirtschaftliche Bedeutung solcher Kapitalströme. Sie stellen dabei besonders die Konsequenzen unterschiedlicher Entwicklungsstufen der Finanzmärkte in den beteiligten Ländern heraus. Arbeiten aus diesem Projekt sind in *Open Economies Review* und *Review of International Economics* zur Veröffentlichung angenommen.

2. In einem empirischen Projekt untersuchen Dr. Birgit Schmitz (Universität Bonn), Prof. Alan Ahearne, PhD (Bruegel, Brüssel), und Prof. Dr. Jürgen von Hagen die empirischen Determinanten von Kapitalströmen innerhalb der EU. Sie zeigen, dass die Einführung des Euro zu einer Vertiefung der finanziellen Integration der Volkswirtschaften geführt hat.

3. In einem weiteren empirischen Projekt untersuchen ZEI Direktor Prof. Dr. Jürgen von Hagen und Senior Fellow Prof. Dr. Jizhong Zhou die Determinanten der Wahl eines Wechselkursregimes. Neu an ihrem Modell ist die simultane Betrachtung der Wahl eines offiziellen und eines de-facto Regimes. Mit Hilfe eines zwei-Gleichungsmodells zeigen sie, dass diese Wahl eine rekursive Struktur hat, d.h. die Wahl des offiziellen Regimes beeinflusst die Wahl des de-facto Regimes, aber nicht umgekehrt. Die empirische Analyse trägt zum Verständnis der Beobachtung bei, dass Länder häufig offizielle und de-facto Regime ankündigen, die nicht miteinander kompatibel erscheinen.

Forschungsgruppe IV: „Europäische Arbeitsmärkte und Systeme der Sozialen Sicherung“

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit bleibt auf absehbare Zeit die größte wirtschaftspolitische Herausforderung Europas. Seit einigen Jahren fordern internationale Institutionen wie die OECD ebenso wie zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter der Wirtschaftspresse eine größere Flexibilität der Arbeitsmärkte in Europa, um dem Problem Herr zu werden. Der derzeitige Forschungsstand stützt diese Forderung allerdings kaum. Weder theoretische noch empirische Analysen belegen überzeugend, dass Flexibilisierung zum Abbau der Arbeitslosigkeit beiträgt. Hinzu kommt, dass der Begriff der Flexibilität in der wirtschaftspolitischen Diskussion mit unterschiedlichen Inhalten belegt wird.

ZEI Junior Fellow Anna Iara untersucht die regionale Flexibilität der Löhne in den neuen Mitgliedstaaten. Sie zeigt, dass die Löhne flexibel genug sind, um Anpassungen des Arbeitsmarktes an Schwankungen der Arbeitsnachfrage zu ermöglichen. ZEI Senior Fellow Dr. Iulia Traistaru und Prof. Dr. Jürgen von Hagen zeigen in einer gemeinsamen Studie, dass die Lohnflexibilität in den neuen Mitgliedstaaten ausreichend groß ist, um eine Mitgliedschaft dieser Länder in der Währungsunion zu ermöglichen. Frau Iara schloss ihre Dissertation im Sommer 2008 erfolgreich ab.

Forschungsgruppe V: „Europas Rolle in der Welt“

Europäische Außen-, Nachbarschafts-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik

1. Andreas Marchetti, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, widmet sich in seiner Dissertation den Mechanismen, die zur Schaffung und Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) führen. Die ESVP, deren Entwicklung von der britisch-französischen Übereinkunft in St. Malo Ende 1998 bis zur Unterzeichnung des Lissabonner Vertrags 2007 den Untersuchungsrahmen bildet, stellt nach der Realisierung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eines der dynamischsten Politikfelder innerhalb der europäischen Integration dar. Ungeachtet der Fortentwicklung der ESVP und der Durchführung ziviler und militärischer Missionen stimmen hierbei die Zielvorstellungen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten kaum überein. Aufgrund der zwischenstaatlichen Anlage der ESVP hinterfragt Marchetti besonders mit Blick auf Deutschland, Frankreich und Großbritannien, wie es überhaupt zur Integration der Sicherheits- und Verteidigungspolitik in den vergangenen zehn Jahren kommen konnte, ohne aber den Einfluss der europäischen Institutionen zu vernachlässigen. Dabei stellt er vergleichend die innerstaatlich formulierten Motivationen dar, um aufzuzeigen, wie diese die Modalitäten zur Ausformulierung der ESVP bedingen. Mit Blick auf die Effekte der ESVP stellt die Dissertation die jeweiligen nationalen Rollen heraus und überprüft, inwieweit diese mit den verlautbarten Motivationen übereinstimmen. Die Arbeit wurde im Juni 2008 bei der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität eingereicht. Nach Annahme durch die Fakultät konnte das Verfahren im Dezember 2008 mit der Disputation erfolgreich abgeschlossen werden. Die Doktorarbeit wird im ersten Halbjahr 2009 in der Schriftenreihe des ZEI im Nomos-Verlag, Baden-Baden, erscheinen.

2. ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti führte 2008 seine Arbeiten zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) fort. Er sprach im Rahmen verschiedener Tagungen und Seminare zu unterschiedlichen Aspekten dieses relativ neuen Politikansatzes. Zudem aktualisierte und erweiterte er zwei seiner im vergangenen Jahr erschienen Beiträge zum Thema, die einerseits in einen am 1. Juni 2008 erschienenen Band von Dr. Claire Demesmay und Dr. Hans Stark und zum anderen in ein von Dr. Laure Delcour und Dr. Elsa Tulmets herausgegebenes Sammelwerk im Nomos-Verlag, Baden-Baden, Aufnahme fanden.

3. Yannis Tsantoulis geht in seinem ZEI Discussion Paper C 183/2008 "Subregionalism in the Black Sea and the EU's Role. Incentives, Obstacles and a

'New Synergy'" auf die Ära nach Ende des Kalten Krieges ein, in der die Schwarzmeerregion zu einem maßgeblichen Dreh- und Angelpunkt für die Zukunft eines sich ausbreitenden Europas geworden ist. Einerseits rechtfertigen die jüngsten Erweiterungen von EU und NATO sowie die Attraktivität der Region das Argument, weshalb die EU ihre Rolle in der Region verstärken und eine dynamische Politik fördern sollte. Andererseits jedoch, weisen die ungelösten „eingefrorenen Konflikte“ und die Rätsel, die das Energiesicherheitsparadigma aufgibt, auf die Schwierigkeiten in der Annäherung an die Region hin. Diese Studie untersucht den Charakter der Region und versucht zu beantworten, weshalb die EU gegenüber allen regionalen Initiativen in der letzten Dekade distanziert geblieben ist und welches gleichzeitig die gegenwärtigen Aussichten und zukünftigen Herausforderungen sind.

4. Im Rahmen der gemeinsamen Europa-Dialog Veranstaltungsreihe mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik sprach Peter Croll, Direktor des Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC) am 12. Februar 2008 zum Thema „Afrika und die EU: Die Schnittstelle zwischen Migration und (Un)-Sicherheit“.

5. Dr. Siebo Janssen, Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaften der Universität zu Köln, referierte am 12. März 2008 im Rahmen des ZEI-Europadialogs zum Thema „Die USA vor den Wahlen – Außenpolitische Erwartungen der EU an eine neue Administration“. Es handelte sich um eine gemeinsame Veranstaltung mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

6. Dr. Hans-Joachim Preuß, Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe, berichtete am 15. April 2008 in einer gemeinsamen ZEI-Europadialog Veranstaltung mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik über „Europäische Nichtregierungsorganisationen in Krisengebieten Afrikas. Beispiel Sudan“.

7. Am 14. Mai 2008 war der Journalist und Mitarbeiter am Friedensforschungsinstitut BICC, Jerry Sommer, zu Gast am ZEI. Im Rahmen des Europadialogs, der gemeinsamen regelmäßigen Veranstaltung des ZEI und der DGAP, referierte Sommer über den aktuellen Stand des Iran-Atomkonflikts „Iran-Atomkonflikt: Zeit für einen Strategiewechsel – Wege aus der Sackgasse“ und zeigte mögliche Alternativen zu der jetzigen Situation auf. Dringend notwendig sei ein Strategiewechsel der beteiligten Akteure, so Sommer. Statt Dämonisierung und Isolierung solle eine Einbindung des Iran geschehen. Verhandlungen ohne Vorbedingungen, Multilateralisierung des Atomprogramms und eindeutige Anreizangebote seitens des Westens seien der einzige Weg, um die moderaten Kräfte im Iran zu stärken und somit eine langfristige und für alle Beteiligten befriedigende Lösung zu finden. Die anschließende Diskussion war rege und beschäftigte sich insbesondere mit der Frage, wie die kommenden Verhandlungen, insbesondere nach den US-amerikanischen Wahlen im Herbst, weitergehen werden und ob es weitere Optionen für eine Besserung des Konfliktes gibt.

8. In einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik sprach Jochen Flaßbarth, Leiter der Abteilung Naturschutz im Bundesumweltministerium und deutscher Unterhändler bei der Biodiversitätskonferenz, am 04. Juni 2008 zum Thema „Die Erhaltung der biologischen Vielfalt als globale Herausforderung – die Bonner VN-Naturschutzkonferenz“.

9. In dem Promotionsvorhaben „Die Sicherheitsinteressen Europas und der Vereinigten Staaten in Afrika und deren Umsetzung im Vergleich.“ von ZEI-Mitarbeiter Matthias Vogl soll am Beispiel der Situation in Afrika verglichen werden, welche Lösungsansätze die EU und die Vereinigten Staaten von Amerika für aktuelle Sicherheitsprobleme bieten und welche Antriebsfaktoren gerade in Bezug auf Afrika dabei eine Rolle spielen. Neben einer historischen Annäherung an das Verhältnis von EU und USA zu und ihrer Rolle in Afrika und deren Auswirkung auf die Gegenwart, soll anhand von offiziellen Dokumenten untersucht werden, welche Sicherheitsinteressen beide in Afrika verfolgen und wie diese umgesetzt werden. Dabei soll auf die Entscheidungsprozesse und die Institutionalisierung der Afrikapolitik, sowie auch auf die verschiedenen Instrumente vor Ort eingegangen werden. Es soll herausgestellt werden, wie die Ziele, Mittel und Implementierung im Verhältnis zueinander stehen und welche Unterschiede es dabei zwischen Europa und den USA gibt.

Euro-Mediterraner Dialog

1. Im Rahmen der Aktivitäten des ZEI im Kontext der Euro-Mediterranen Zusammenarbeit nahm Prof. Dr. Ludger Kühnhardt am XXV. Euro-Med Training Seminar für Diplomaten der Mediterranean Academy of Diplomatic Studies in Malta teil (14.-16.11.2008). Er referierte vor den Teilnehmern dieser Jubiläumsveranstaltung über die Perspektiven der EU-Institutionenreform für die Mitte 2008 etablierte „Union für das Mittelmeer“.

2. ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti vertrat das ZEI auf der Jahrestagung der Euro-Mediterranean Study Commission (EuroMeSCo), die im Oktober 2008 in Amman, Jordanien, stattfand. Aufgrund aktueller Entwicklungen – Mittelmeerunion einerseits und Georgien-Krise andererseits – widmete sich die Tagung dem Thema „Euro-Mediterranean Relations between Continuity and Reinforced Cooperation“. In einer Arbeitsgruppe diskutierte Marchetti die Möglichkeiten und Grenzen einer möglichen Zusammenführung bisheriger Ansätze in Südosteuropa mit jenen im Mittelmeerraum. Marchetti nahm im Anschluss an die Jahrestagung für das ZEI auch an der EuroMeSCo-Generalversammlung teil.

3. Der französische Präsident Nicolas Sarkozy nahm 2008 entscheidenden Einfluss auf die weitere Ausgestaltung der europäischen Politik im Mittelmeerraum, indem er das 2007 angekündigte Projekt einer Mittelmeerunion weiter konkretisierte. Aufgrund unter anderem deutschen Widerstands wurde das Konzept der französischen Initiative im Frühjahr 2008 grundlegend angepasst, so dass es am 13. Juli 2008 zur feierlichen Gründung der „Union für das Mittelmeer“ kam. ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti hat im Rahmen verschiedener Fachtagungen bereits im Vorfeld dezidiert Stellung zu dem französischen Projekt bezogen. Er sprach unter anderem im April 2008 auf Einladung des Institut Pierre Werner in Luxemburg und im Rahmen einer Fachtagung des Centre d'Etudes et de Recherche de l'École Militaire in Paris.

Vergleichende Regionale Integrationsforschung

1. Das ZEI Discussion Paper C 184/2008 „African Regional Integration and the Role of the European Union“ von ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt beschäftigt

sich mit der Frage der afrikanischen Integration, ihre Schwierigkeiten und Strategien und wie die Europäische Union mit den afrikanischen Ländern und Regionalgruppen zusammenwirken kann, um sie in ihrer kontinuierlichen Integration zu unterstützen und zu stärken. Es diskutiert die Herausforderungen, welche sich afrikanischen regionalen Institutionen nach ihren post-kolonialen, auf Staatshoheit basierenden Anfängen stellen, ebenso wie die Funktion der subregionalen Organisationen, die Errichtung einer afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft und die Bedeutung von strategischen, politischen Zielen, supranationalen Strukturen und gemeinsamen legislativen Verpflichtungen zur Erweiterung der Regionalintegration. Untersucht werden außerdem die Europäische Union als ein Beispiel erfolgreicher kontinentaler Integration und das zukünftige Potential bi-regionaler Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit Afrika.

2. Aufbauend auf einen der Forschungsschwerpunkte des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, der vergleichenden regionalen Integrationsforschung, gibt die Abteilung ZEIC seit dem Herbst 2007 einen „Regional Integration Observer“ heraus, der weltweit an relevante Institutionen versandt wird und auch im Internet verfügbar ist. Die Ausgabe vom April 2008 widmete sich in erster Linie der Regionalisierung in Westafrika, während die Ausgabe vom August 2008 die EU-ACP Beziehungen beleuchtete.

3. Im Rahmen einer regelmäßigen Gastprofessur hielt Prof. Dr. Ludger Kühnhardt Seminare zur weltweiten Verbreitung regionaler Integration vom 21.-23. Januar 2008 an der Alta Scuola di Economia e Relazioni Internazionali (ASERI) der Katholischen Universität Mailand und vom 28. April bis 02. Mai 2008 an der Diplomatischen Akademie Malta.

4. Die Dissertation von ZEI Junior Fellow Daniela Vogt zum Thema „Die Integration der Ultra-peripheren Regionen in die Europäische Union“ befasst sich mit Regionen, die räumlich von Europa getrennt und in anderen Erdteilen liegen. Aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einem Mitgliedsland wurden sie in die Europäische Union integriert. Die Arbeit zeigt neben den Ursachen, den Verlauf und die Mechanismen dieser Integration auf und erörtert sowohl die jeweiligen nationalstaatlichen als auch die europäischen Interessen.

5. Ariane Köster, wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZEI, widmet sich in Ihrer Dissertation parallelen Integrationsprozessen im südlichen Afrika. Sie zeichnet in Ihrer Arbeit die Entwicklung der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (Southern African Development Community, SADC) nach. Die zentrale Fragestellung ist dabei, inwiefern diese Entwicklung mit dem Konzept der Building Blocks aus dem Abuja Treaty und schließlich der Afrikanischen Union in Einklang steht. Darüber hinaus sollen die Bedingungsfaktoren für die Entwicklung analysiert werden mit einem besonderen Fokus auf der Rolle Europas als externen Akteur. Der Analysezeitraum reicht von 1992 bis 2006. Geplanter Abgabezeitraum ist Mitte 2009. Durchgeführt worden ist bereits eine erste Feldforschung. Frau Köster arbeitet derzeit an der Datenauswertung.

EU und ECOWAS

1. Der Präsident des Parlaments der Kapverden, Aristides Lima, hat das ZEI bei einem Besuch in Bonn um Mitarbeit bei der Entwicklung eines westafrikanischen

Instituts für Regionalintegration gebeten, das im Rahmen der westafrikanischen Integrationsgemeinschaft ECOWAS in den Kapverden im Entstehen ist. Bei einem intensiven Gedankenaustausch am 28. Mai 2008 mit ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und dem Geschäftsführer von ZEF Consult, Dr. Hartmut Ihne, drückten Präsident Lima und die Mitglieder seiner Delegation ihren Wunsch nach einer engeren akademischen Kooperation mit den beiden Forschungs- und Weiterbildungsinstituten der Universität Bonn aus. Die Kapverden sind im Begriff, mit der Europäischen Union über eine privilegierte Partnerschaft zu verhandeln und daher an der Stärkung ihrer Kompetenzen und Kapazitäten in Fragen der europäischen Integration interessiert. Im Rahmen von Feldforschungen zur westafrikanischen Regionalintegration besuchte ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt Anfang Oktober 2008, zusammen mit ZEI Mitarbeiter Matthias Vogl, die für den Aufbau des westafrikanischen Integrationsinstituts Verantwortlichen in Praia. Bei dieser Gelegenheit wurden intensiv Strategien und Arbeitsperspektiven des westafrikanischen Regionalinstituts erörtert, unter anderem mit dem Gründungsdirektor des Instituts, Dr. Corsino Tolentino, und dem kapverdischen Außenminister Brito. Auf Einladung von Parlamentspräsident Lima hielt Kühnhardt einen Vortrag zur vergleichenden Entwicklung regionaler Integration in Europa und in Westafrika im Nationalparlament der Kapverden.

2. Dank der finanziellen Unterstützung der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) konnte das Zentrum für Europäische Integrationsforschung 2008 mit den intensiven Vorbereitungen einer Akademieschulung für hochrangige Führungskräfte der Wirtschaftsgemeinschaft der Westafrikanischen Staaten (ECOWAS) beginnen. Die „ECOWAS-ZEI „Academy in Comparative Regional Integration“, vom 16. – 28. März 2009, wird erstmals Regierungsbeamte aus den „National Units“ bzw. „Focal Points“ der 15 ECOWAS-Mitgliedstaaten am ZEI zusammenbringen, um den Erfahrungsaustausch zwischen regionaler Integration in Europa und Afrika zu fördern, eigene problemorientierte Ansätze für die Region zu entwickeln und auch Vorbehalte zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten abzubauen. Es ist ein bisher einzigartiger Beitrag zur Stärkung der menschlichen Potentiale im westafrikanischen Integrationsprozess. Durch die Konzipierung und Durchführung dieser Weiterbildung für Führungskräfte stärkt das ZEI sein globales Profil. Experten aus ganz Europa werden zu verschiedenen Aspekten regionaler Integration am ZEI referieren. Die Akademie ist interdisziplinär aufgebaut und bezieht ökonomische, rechtliche und politikwissenschaftliche Perspektiven ein. Des Weiteren werden die Teilnehmer während zweier Exkursionen, nach Frankfurt zur Europäischen Zentralbank und nach Brüssel zu den Europäischen Institutionen, die Chance haben, direkt vor Ort mit Praktikern zu diskutieren. Um den Mehrwert zu erhöhen, werden die Gäste bei allen Referaten durch eigene Beiträge aktiv eingebunden. Neben den inhaltlichen Veranstaltungen bietet das ZEI den Teilnehmern zusätzlich ein Kulturprogramm.

EU und Mercosur

1. Der Ausbau der bi-regionalen Beziehungen stellt ein wichtiges neues Element einer stabilen Weltordnung dar. Angesichts der momentanen großen Umwälzungen dürfen praktische Schwierigkeiten wie sie bei den Verhandlungen über ein bi-regionales Assoziationsabkommen zwischen der EU und Mercosur aufgetreten sind, nicht dazu führen, diese Perspektive aus dem Auge zu verlieren. Diese Auffassung vertrat ZEI Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt auf dem XV. Forum Brazil-Europa,

das die Konrad Adenauer Stiftung gemeinsam mit der Fundação Getulio Vargas und dem Industrieverband São Paulo (FIESP) am 27./28. Oktober 2008 in São Paulo durchgeführt hat. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers forderte auf dem Forum die entschiedene Weiterentwicklung einer internationalen Sozialen Marktwirtschaft als Antwort auf die aktuelle Weltfinanzkrise. Die Ergebnisse des Forums werden publiziert.

2. Prof. Dr. Patricia Luíza Kegel von der Universidade Regional de Blumenau, Brasilien, vom 26.11.2007 bis zum 15.02.2008, und Prof. Dr. Mohamed Amal, vom 02.01. bis 15.02.2008 verbrachten einen Forschungsaufenthalt am Zentrum für Europäische Integrationsforschung. In dieser Zeit arbeiteten sie an ihrem Forschungsprojekt „Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen der regionalen Integration“.

Projektzusammenfassung: Ziel des vorliegenden Projekts ist es, sich mit der Bedeutung der Institutionen für den Integrationsprozess zu beschäftigen. Insbesondere zu bewerten, welche Rolle und Einflüsse die Institutionen auf zwei Integrationsmodelle ausgeübt haben, nämlich die Europäische Union und den Mercosul. Der Analytische Kontext bezieht sich auf die Betrachtung der institutionellen Rahmenbedingungen, welche die Intensität, Entwicklung und Erfolg des Integrationsprozesses prägen könnten. In diesem Sinn, deuten die theoretischen Grundlagen des Projekts daraufhin, dass die Institutionen unmittelbar auf die wirtschaftliche Verflechtungen, Investitionen Anziehungskraft und Fortschritt des Integrierten Raums bedeutende Wirkungen haben müssen. Als Institutionen werden drei verschiedene Gebiete betrachtet. Das politische Entscheidungssystem, die juristische Struktur und die Gestaltung der ökonomischen Bedingungen, wie z.B., Verbreitung des Wettbewerbsrechts. Sowohl bei der EU als auch bei Mercosul werden diese drei Ebenen der Institutionen mit verschiedenen Zielen studiert. Erstens, um ihre Auswirkung auf die Transparenz und Effizienz des Integrationsprozesses festzulegen. Zweitens, um den Einfluss der jeweiligen Institutionen auf den bestrebenden Gemeinsamen Abkommen zu ergründen. Und drittens, wird erforscht, in wiefern Ablaufmuster von Handel und Direktinvestitionen von den institutionellen Rahmenbedingungen des Südamerikanischen Wirtschaftsraum abhängig sind. Um diese Ziele zu erreichen, wird die Forschung interdisziplinär ausgeführt, unter Berücksichtigung der politischen, juristischen und ökonomischen Perspektiven.

Europa und Asien

1. Tilo Wagner befasst sich in seiner Promotionsforschung seit Ende 2005 mit den Beziehungen zwischen der EU und Japan und in diesem Themenkomplex insbesondere mit dem Aufbau von politisch-strategischem Dialog und Zusammenarbeit im Zeitraum von 1991 bis 2006. Der verfolgte Forschungsbereich fristet, obschon in der Realität der internationalen Politik durchaus weit vorangeschritten und mit erheblicher und unmittelbarer sicherheitspolitischer Bedeutung für Brüssel und Tokyo, erstaunlicherweise ein Schattendasein in den politischen und japanbezogenen Wissenschaften.

Mit der Erforschung und Darstellung grundlegender Entwicklungslinien, aufgegliedert in die drei „Dimensionen“: a) Institutioneller Aufbau; Sicherheitsdialog und –kooperation; b) interregionaler; c) globale Ebene, wird beabsichtigt, einen

umfassenden Beitrag zur Schließung dieser markanten Forschungslücke zu leisten. Ein spezieller Fokus wird hierbei auf die Beantwortung der offenen Fragen geworfen: a) Welche Seite war und ist „treibende Kraft“ im sich zunehmend ausgestaltenden Verhältnis und warum ?; b) Was prägt und wie ist die gegenseitige Wahrnehmung mit welchen Folgen ?; c) Was ist die Rolle der USA als überragender Sicherheitsgarant (und Wirtschaftswettbewerber) jeweils beider Partner sowohl in Europa als auch in Ostasien ? Ein einjähriger Forschungsaufenthalt als Canon-Fellow bis April 2008 am Europainstitut der Keio-Universität in Tokyo bei Jean-Monnet-Professor Toshiro Tanaka beabsichtigt die qualitative Verbesserung und Erweiterung der von Prof. Kühnhardt maßgeblich geförderten Dissertation um die japanische Sicht der Beziehungen. Ambitioniertes Ziel ist es, die Dissertationsschrift bis März 2009 beim Prüfungsamt der Universität Bonn einzureichen.

2. Frau Yoola Kim, Graduate School of International Studies der Seoul National University, Seoul, Korea, arbeitet am ZEI an ihrer Dissertation zum Thema „Political Process of European Integration and its Potential Effect on North East Asia“. Sie erforscht hierbei im Einzelnen folgende Bereiche:

- Politische Entwicklungen in der EU (Der ökonomische Einfluss auf die Entwicklung der EU; Der kulturelle Einfluss auf die Entwicklung der EU als Identitätsfalle; Der politische Einfluss auf die Entwicklung der EU).
- Beziehungen der EU zu anderen Ländern (Die Beziehungen der EU zu den USA; Beziehungen der EU zu asiatischen Länder; Die Beziehung der EU zu Süd Korea; Die Beziehung der EU zu China; Die Beziehung der EU zu Japan).
- Die Einbeziehung Asiens; Die Einbeziehung Asiens in die ökonomische Entwicklung; Die Einbeziehung Asiens in die kulturelle Entwicklung; Die Einbeziehung Asiens in die politische Entwicklung).
- Asiens Herausforderungen durch die EU.
- Die gemeinsame Zukunft der EU und Asiens.

Im Berichtszeitraum entstanden folgende Veröffentlichungen von Frau Kim:

- Kim, Yoola, „Long Shadow of Globalisation“, in: Asian Women, 24(2), 103-108 sowie diverse Aufsätze im Internet newspaper „Prometheus“.

3. Am 15. Januar 2008 referierte Frau Dr. Kerstin Lukner, Institut für Ostasienwissenschaften/Politikwissenschaften der Universität Duisburg-Essen, auf einem ZEI-Europadialog, eine gemeinsame Veranstaltung mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, zum Thema „Bye bye Pazifismus? Zur ‚Normalisierung‘ der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“.

4. Auf Einladung der Konrad Adenauer Stiftung besuchten vier Wissenschaftler des Korea Institute for National Unification (KINU) die Bundesrepublik Deutschland, um sich mit deutschen Politikern und Wissenschaftlern über die wichtigsten Aspekte der Wiedervereinigung auszutauschen bzw. die hierbei gemachten Erfahrungen hinsichtlich einer Übertragbarkeit auf die koreanische Situation zu diskutieren sowie sich über die aktuelle Situation in der EU zu informieren. Im Rahmen dieser Informationsreise besuchten die vier Wissenschaftler am 13. August 2008 auch das Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), wo Prof. Kühnhardt sie über den Verlauf und Stand des europäischen Integrationsprozesses unter besonderer Berücksichtigung des Beitritts der osteuropäischen Staaten informierte.

5. Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung besuchte eine vierköpfige Delegation des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas die Bundesrepublik Deutschland. Die Delegationsteilnehmer wollten sich über Einrichtungen und

Ansätze der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik informieren. Aus diesem Grunde fand neben vielfältigen Gesprächen in Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dem Auswärtigen Amt, der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Deutschen Bundestag, dem Deutschen Entwicklungsdienst, der KfW Entwicklungsbank und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) auch ein Besuch am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) statt, bei dem ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt den Besuchern Grundlagen der Deutschen Außen- und Entwicklungspolitik im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik vermittelte.

6. Unter der Leitung von Serik Beimenbetov, dem Verantwortlichen des Programms für Europastudien an der Amerikanischen Universität von Zentralasien in Bischkek, Kirgistan, und in Kooperation mit dem DAAD besuchte eine Gruppe von Studenten des Bachelor-Studienganges Europastudien am 27. Oktober 2008 das ZEI, um sich über den Aufbau, die Masterprogramme und die Schwerpunkte des Forschungsinstituts zu informieren. Herr Andreas Marchetti, wissenschaftlicher Mitarbeiter am ZEI, informierte die Studenten über die aktuelle europäische Situation. Vertiefende Gespräche mit Herrn Marchetti und, u.a., mit Prof. Klaus W. Grewlich, Botschafter a.D. der Bundesrepublik Deutschland in Kirgistan, brachten die einhellige Meinung der Studenten zu Tage, dass ein Hauptaugenmerk der EU-Politik gegenüber Zentralasien in der Verbesserung und Sicherung von Rechtssicherheit liegen sollte. Nur so könne ein Klima geschaffen werden, das einerseits nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und Investitionen und andererseits eine kontinuierliche Verbesserung der Situation der Bevölkerung ermöglicht.

Ausbildung

1. Master of European Studies

1.1 Die konstante Bewerberzahl und die Internationalität des Programms zeigen, dass sich der ZEI-MES weit über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus etabliert hat: die insgesamt 30 ZEI-MES-Studierenden des 10. Jahrgangs 2007/08 (Oktober 2007 - September 2008) hatten 17 unterschiedliche Nationalitäten, darunter die „alten“ und „neuen“ EU-Staaten, Südosteuropa und Balkan, Russland, USA, Korea und Uruguay. Der Anteil der deutschen Studenten lag bei knapp 30%. Alle ZEI-MES-Studierenden verfügten über einen universitären Bildungshintergrund der Fächer Rechts-, Wirtschafts- und Politikwissenschaft und andere. Die Aufnahme war kompetitiv: auf jeden der 30 Plätze kamen im 10. Jahr 4 Bewerber. 5 Teilnehmer des Studienjahres 2007/08 haben ihr Studium bis Ende Oktober erfolgreich abgeschlossen. Alle anderen Teilnehmer befinden sich zurzeit noch im Praktikum (Stand November 2008).

Das primäre Karriereziel war auch bei den Studierenden des 10. Jahrgangs ein Einstieg in ein internationales Umfeld: insbesondere bei den Institutionen der Europäischen Union, anderen Internationalen Organisationen, Regierungsorganisationen, Nicht-Regierungsorganisationen und schließlich global agierenden Wirtschaftsunternehmen. Eine Aktualisierung der Alumni Verbleibsstudie im Sommer 2008 bis zur Class of 2007 ergab, dass Absolventen in den folgenden Karrierebereichen tätig sind: EU, Internationale Organisationen: 15%; Nationale Spitzenverwaltung: 27%; Wirtschaft: 41%; Wissenschaft und Forschung: 17%. Der hohe Grad an Internationalität ist eine der zentralen Säulen, auf die sich der ZEI-Master of European Studies konzeptionell stützt. Neben der weltweiten Herkunft der ZEI-MES-Studierenden spiegelt sich dies auch in der internationalen Zusammensetzung der Fakultät: die 25 Dozentinnen, Dozenten, Trainerinnen und Trainer, die 2007/08 am ZEI unterrichteten, stammten aus 11 Ländern Europas: Deutschland, Belgien, Großbritannien, Irland, Italien, Malta, Niederlande, Polen, Spanien, Ungarn und der Türkei. Die Unterrichtssprache Englisch vermittelt ein internationales Klima und entspricht der realen Arbeitssituation gerade in Internationalen Organisationen. Die vielfältige nationale Zusammensetzung der Studentengruppe erlaubt das Arbeiten in multi-nationalen Arbeitsgruppen und Teams – eine wichtige Vorbereitung auf den späteren Berufsalltag.

Ebenso zentral ist für das ZEI die praxisnahe und anwendungsbezogene Vermittlung fundierter Fachkenntnisse. Auch im 10. Jahrgang beinhaltet das interdisziplinäre Curriculum des ZEI-Master of European Studies Unterrichtseinheiten zu den politischen, ökonomischen und juristischen Grundlagen, die in 18 Spezialkursen sowie ergänzenden „Europa-Dialogen“ mit Experten aus der Praxis eingehend vertieft wurden. Insgesamt absolvierten die MES-Studierenden zwischen Oktober 2007 und Mai 2008 360 Stunden an Fachunterricht sowie ergänzende praktische Veranstaltungen und Workshops. Hierzu zählten außerdem vier mehrtägige Exkursionen nach Brüssel, Straßburg/Luxemburg, Frankfurt und Berlin im Umfang von insgesamt 12 Tagen.

Im Oktober 2008 nahm der 11. Jahrgang mit 28 Studierenden aus 15 verschiedenen Ländern sein Studium im „Master of European Studies“ (MES) am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) auf. Mit dem Studienjahr 2008/09 bildet das sehr erfolgreiche Programm im 11. Jahr Studierende aus aller Welt für eine internationale Karriere aus. Zum Programmstart des 11. Studienjahres trat eine überarbeitete Prüfungsordnung in Kraft, die aus der erfolgreichen Re-Akkreditierung des Programms im November 2007 hervor gegangen ist.

1.2 Zum Ende des 10. Studienjahres fand am 29. Mai 2008 in einer feierlichen Zeremonie die Abschlussfeier des 10. und somit Jubiläumsjahrgangs des „Master of European Studies“ (MES) am Zentrum für Europäische Integrationsforschung statt, an der rund 160 Personen teilnahmen. Zugleich wurde der Abschluss des ersten Programmjahres des Master of European Regulation of Network Industries (MERNI) gefeiert. Insgesamt wurden 46 Absolventinnen und Absolventen beider Studiengänge, die aus 21 Ländern kommen, in Anwesenheit des Rektors der Universität Bonn, Prof. Dr. Matthias Winiger, und des Bonner Bürgermeisters, Ulrich Hauschild, für ihre Leistungen geehrt. ZEI Direktoren Prof. Dr. Ludger Kühnhardt und Prof. Dr. Christian Koenig dankten allen Unterstützern und Freunden des ZEI, vor allem der europaweiten Fakultät und den Sponsoren von Stipendien.

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Ehrengast und Redner der Veranstaltung, gratulierte dem ZEI zu seiner 10jährigen Erfolgsgeschichte in der europawissenschaftlichen Weiterbildung. In seiner Festrede hob er die Bedeutung der Europäischen Union hervor, zum interkulturellen Dialog beizutragen und weltweit als Beispiel regionaler Integration zu dienen. Das ZEI gehe in diesen Bereichen als gutes akademisches Beispiel voran: Sowohl die Forschungsarbeit als auch die internationale Zusammensetzung der Weiterbildungsprogramme des ZEI spiegele genau diese Anforderungen an die Aufgaben der Europäischen Union wider. Den Fellows der „Class of 2008“ gegenüber äußerte Pöttering Zuversicht, nach Abschluss der Masterprogramme sehr gute Chancen auf dem internationalen Arbeitsmarkt zu haben. Sie gehören einer neuen Generation künftiger europäischer Führungskräfte an oder würden in anderen Kontinenten für die Partnerschaft mit Europa arbeiten.

Die Festrede des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, zur zehnjährigen erfolgreichen Ausbildungsarbeit im Master of European Studies wurde als ZEI Discussion Paper C185/2008 unter dem Titel „European Union - New Impulses for the Decade Ahead / Europäische Union – Neue Impulse für die kommende Dekade“ veröffentlicht.

1.3 Anlässlich des Jubiläumsjahres hat das ZEI eine Broschüre „Master of European Studies – Ten Years of Excellence“ heraus gegeben. Sie gibt einen umfassenden Überblick über zehn Jahre erfolgreicher Arbeit und ist als download auf www.zei.de und als Printversion verfügbar.

1.4 Im Sommer 2008 ist auf Initiative des Jahrgangs 2007/08 und mit Unterstützung des MES-Büros der erste MES Alumni-Newsletter erschienen. Dieser soll in Zukunft halbjährlich erscheinen. Herausgegeben wird der Newsletter von einem Editorial Team um Elodie Lafitte (class of 2008).

1.5 Alojz Peterle, ehemaliger (erster frei gewählter) Ministerpräsident Sloweniens und heutiges Mitglied des Europäischen Parlaments, besuchte am 22. Februar 2008

das ZEI. Im Rahmen eines „Europa-Dialogs“ sprach er vor Studenten des „Master of European Studies“ des ZEI und legte dabei die Eckpunkte der aktuellen slowenischen EU-Ratspräsidentschaft dar. In der Diskussion mit den Master Fellows des ZEI analysierte der erste Ministerpräsident des unabhängigen Slowenien (1990-1992) auch die Kosovoproblematik sowie den historischen Zusammenhang der Krisen rund um den Zerfall Jugoslawiens. Im Bezug auf historische und aktuelle Entwicklungen des Westbalkans zeigt er sich hoffnungsvoll, dass Koexistenz und Kooperation möglich sind. Peterle sagte, dass es „an der Zeit sei, die Zukunft gemeinsam zu gestalten und nicht die Vergangenheit zu verlängern“. Unter der Ministerpräsidentschaft Alojz Peterles erreichte Slowenien 1991 die Unabhängigkeit. In den Jahren 1993-94 und 2000 war er Außenminister Sloweniens und ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments für die Partei „Neues Slowenien“.

1.6 Dr. Stephan Eisel, Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union im Deutschen Bundestag, besuchte am 29. Januar 2008 das ZEI, um einen Vortrag vor den Studenten des „Master of European Studies“ über „Current Issues on European Affairs“ zu halten. Eisel plädierte für die Errichtung einer gemeinsamen europäischen Armee als nächstem großem Integrationsprojekt. Dr. Eisel tauschte sich in Gesprächen mit den ZEI-Direktoren Prof. Dr. Christian Koenig und Prof. Dr. Ludger Kühnhardt über aktuelle Entwicklungen in Europa aus und informierte sich bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern der ZEI-Abteilungen über die derzeitigen Forschungsprojekte und Lehrangebote des ZEI.

1.7 Die Welt als Arbeitsplatz – das ist der Traum von immer mehr Studierenden. Und tatsächlich ist die Arbeit in einer internationalen Organisation ein erreichbares Karriereziel, auf das man sich jedoch frühzeitig und sorgfältig vorbereiten sollte. Wichtig ist vor allem, dass man fachlich und persönlich zur jeweiligen Organisation passt. Das Spektrum der Arbeitsmöglichkeiten reicht vom Einsatz bei einer UN-Friedensmission bis zu einem „Schreibtischjob“ bei der Europäischen Zentralbank. Die frühere Leiterin des „Master of European Studies“ des ZEI und jetzige Leiterin der Executive Education an der Hertie School of Governance in Berlin, Dr. Cordula Agnes Janowski, hat für das Bonner Zentrum für Europäische Integrationsforschung das „Career Development Program“ zur Vorbereitung auf die Arbeit bei internationalen Organisationen konzipiert. In Ihrem Buch „Erfolgreich bewerben bei internationalen Organisationen“ (campus concret, Frankfurt, 2008) informiert sie umfassend darüber, wie der Einstieg in den „höheren Dienst“ der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der NATO und vieler anderer internationaler Organisationen gelingen kann.. Dieser Leitfaden hilft, die passende Organisation zu finden und die eigene Bewerbung optimal vorzubereiten. Im umfangreichen Serviceteil sind zudem die wichtigsten Adressen und Ansprechpartner für die Arbeitssuche zusammengestellt.

1.8 Freundliche Nachricht aus London: Der erste Student aus Nordkorea, der je European Studies absolviert hat, Ri Chung Lo, hat sich aus der Botschaft Nordkoreas in London gemeldet. Er dankte, dass sein Studium am ZEI, das durch Verhandlungen von ZEI Direktor Kühnhardt mit dem Außenministerium in Pjöngjang im Jahr 2001 möglich geworden war, seine Karriere erheblich gefördert habe. Ohne die Zeit am ZEI hätte er nie den Weg als Diplomat nach London geschafft.

2. Master of European Regulation of Network Industries - MERNI

Als zweiter Postgraduiertenstudiengang des ZEI soll der „Master of European Regulation of Network Industries“ den Themenkomplex „Regulierung der Netzwirtschaften und verwandter Wirtschaftszweige auf europäischer Ebene“ aus allen denkbaren Perspektiven beleuchten und erklären. Hierzu sind im Curriculum zunächst Einführungskurse in juristische und wirtschaftswissenschaftliche Arbeitsweisen vorgesehen, aufbauend auf diese werden die einzelnen Netzwirtschaften (wie Telekommunikation, Energie oder Eisenbahn) mit ihren jeweiligen technischen und regulatorischen Besonderheiten erläutert.

„Educating Leaders in Regulation“ ist der Anspruch, mit dem MERNI 2007 begann. In dieser Hinsicht war 2008 ein spannendes Jahr, denn es konnte zum ersten Mal bewiesen werden, dass dieses Versprechen eingelöst wurde. Im August erhielten fünfzehn der sechzehn Studenten des ersten Jahrgangs ihre LL.M.-Urkunden. Von diesen fünfzehn konnten sieben in nur einem halben Jahr in der Branche Fuß fassen und arbeiten nun für Partnerunternehmen des ZEI, in den Regulierungsbehörden ihrer Heimatländer oder in den entsprechend spezialisierten Anwaltskanzleien. Dies zeigt, dass sich der praxisorientierte, interdisziplinäre Ansatz des Programms auch in der Arbeitswelt bewährt.

Im September 2008 startete MERNI ins zweite akademische Jahr, dieses Mal mit vierzehn Teilnehmern aus Deutschland, Griechenland, Venezuela, Uruguay, Taiwan, Nepal und der Volksrepublik China. Um die Praxisbindung des Unterrichts zu stärken und Interessenten aus der Arbeitswelt eine Teilnahme an den Vorträgen der international renommierten Fakultätsmitglieder zu ermöglichen, wurden einzelne Vorlesungen im September 2008 auch für externe Teilnehmer geöffnet. Insbesondere die Bundesnetzagentur hat von der Möglichkeit, ihre Mitarbeiter so auf den neuesten Stand zu bringen, Gebrauch gemacht.

Schließlich wurde das Marketing des MERNI-Programms überarbeitet und der Fokus in Richtung einer persönlichen Ansprache der Interessenten auf Karriere- und Ausbildungsmessen im näheren europäischen Umfeld gelegt. So wurde das Programm 2008 unter anderem in Maastricht, Wien, Bochum und Köln beworben.

3. Summer Academy „Comparative Regional Integration“

Regionale Integration als Antwort auf die Globalisierung - ZEI-„Summer Academy in Comparative Regional Integration“ führte 21 junge Forscher aus aller Welt in Bonn zusammen. Zum zweiten Mal in Folge hat das Zentrum für Europäische Integrationsforschung an der Universität Bonn (ZEI) im September 2008 eine Sommerakademie zur vergleichenden Regionalforschung ausgerichtet. In diesem Rahmen setzten sich Postgraduierte und junge Akademiker aus 18 Ländern mit verschiedensten Facetten der regionalen Integration auseinander. Unter der Leitung von ZEI-Direktor Prof. Dr. Ludger Kühnhardt wurde bei dieser in Europa einzigartigen Akademie insbesondere die Frage erörtert, ob und wie die Europäische Union im Angesicht der Globalisierung auch für andere Weltregionen als Muster dienen kann.

Frieden, Sicherheit und wirtschaftlicher Wohlstand gehören 50 Jahre nach ihrer Gründung zu den wichtigsten Errungenschaften der Europäischen Union. Diese Erfolgsgeschichte hat auch auf andere Gegenden der Welt abgefärbt. Sowohl in Afrika als auch in Lateinamerika, der Karibik und Asien haben sich Staaten in regionalen Verbänden zusammengeschlossen und damit Märkte und Grenzen geöffnet. Die Voraussetzungen sind dabei allerdings genauso verschieden die eingeschlagenen Wege zur regionalen Integration. Vor diesem Hintergrund hat es sich die ZEI-Sommerakademie zur Aufgabe gemacht, zum besseren Verständnis untereinander und über die Europäische Union beizutragen. Zusammen mit renommierten Experten aus ganz Europa diskutierten die jungen Forscher, wie die EU als Vorbild und Partner dienen kann. Ziel der Akademie war es, den Erfahrungsschatz Europas zu nutzen, um die Regionalorganisationen vor Ort für die Bewältigung der neuen globalen Herausforderungen sattelfest zu machen. Auf dem Programm standen neben Vorlesungen, Diskussionen und intensiven Workshops auch Besuche bei den europäischen Institutionen in Brüssel und der Europäischen Zentralbank in Frankfurt. So bekamen die aus über 80 Bewerbern ausgewählten Teilnehmer einen direkten Eindruck von der Zusammensetzung und Arbeitsweise der EU und hatten die Möglichkeit, vor Ort mit europäischen Praktikern zu sprechen.

Das Zentrum für Europäische Integrationsforschung an der Universität Bonn hat sich bereits seit einigen Jahren auf die Erforschung der vergleichenden Perspektive der regionalen Integration spezialisiert und hat somit auch den diesjährigen Teilnehmern eine ideale Basis geboten, ihre eigenen Ideen zur Verbesserung der Integration in ihrem Teil der Welt zu vertiefen. Gefördert wurde die Akademie durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst aus Mitteln des Auswärtigen Amts, durch die EU-Kommission, die Europäische Zentralbank, die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen in Brüssel, die Deutsche Welle sowie durch InWEnt.

4. ZEI International Summer School on “Monetary Macroeconomics”

Die ZEI International Summer School ist eine jährliche Veranstaltung mit dem Ziel, junge Ökonomen zu einer Vorlesungsreihe zusammenzubringen, welche die gegenwärtigen Grenzen der Forschung auf ihrem Interessengebiet abdeckt und darüber hinaus eine Gelegenheit für anregende Diskussionen sowie für die Präsentation ihrer eigenen Forschung einer Gruppe internationaler Wissenschaftler gegenüber bietet. Dozenten der Summer School 2008 waren Prof. Giancarlo Corsetti (European University Institute, Florenz) und Prof. Eric Leeper, PhD (Indiana University).

5. ZEI Summer School „Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theorie und Empirie“

Das ZEI veranstaltete vom 14. - 18. Juni 2008 die dritte Summer School für die Nachwuchswissenschaftler in diesem Schwerpunktprogramm. Dozent der Summer School war Prof. David Wildasin, PhD, University of Kentucky, der zu den international bekanntesten Forschern auf dem Gebiet des Fiskalischen Föderalismus zählt. Neben Vorlesungen des Dozenten gab es während der Summer School in

Seminaren Gelegenheit für die Mitarbeiter, ihre Forschung vorzustellen und zu diskutieren.

6. Lehre

Prof. Dr. Christian Koenig

Im Studienjahr 2008 unterrichtete Prof. Dr. Christian Koenig im Rahmen des Masters of European Studies die Veranstaltungen „Introduction to the EC Competition Law“ sowie „Regulation of European Core Markets and Liberalization of State Monopolies“.

Außerdem unterrichtete Prof. Dr. Christian Koenig die im Rahmen des „Master of European Regulation of Network Industries“ angebotenen Veranstaltungen „State Aid and Public Procurement in Network Industries“ und „Regulatory Rationale and Remedies: A Synoptic Overview“. Vorlesungsbegleitend betreute er ein Tutorium zu Grundlagen und Methoden der Regulierung von Netzwirtschaften.

Im Sommersemester 2008 veranstaltete Prof. Dr. Christian Koenig an der Juristischen Fakultät die Übung im Öffentlichen Recht für Fortgeschrittene. Im Wintersemester 2008/2009 lehrte er „Europäisches Wirtschaftsrecht mit Beihilfenrecht“.

Prof. Dr. Jürgen von Hagen

Neben seinem vollständigen Lehrprogramm in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn unterrichtete Prof. Dr. von Hagen im Master of European Studies Studiengang des ZEI (MES) im Sommersemester 2008 „Macroeconomics of the IMU“ und im Wintersemester 2008/2009 „Economic Principles of European Integration“.

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Im Rahmen der weiterbildenden Lehre im ZEI Masterprogramm (Studienjahr 2007/2008) unterrichtete Prof. Dr. Ludger Kühnhardt einen Grundkurs (50 Years of European Integration) und einen Aufbaukurs (The Global Proliferation of Regional Integration). Überdies führte er ein regelmäßiges „Master Colloquium for Thesis Preparation“ für die Master-Examenskandidaten durch.

Im Rahmen der grundständigen Lehre am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn hielt Prof. Dr. Ludger Kühnhardt im Wintersemester 2007/2008 eine im Rahmen des Bachelor-Studienganges „Politik und Gesellschaft“ eine Vorlesung (50 Jahre europäische Integration) und führte zudem ein Proseminar durch (Die weltweite Verbreitung der regionalen Integration). Im Sommersemester 2008 gab er ebenfalls ein Proseminar (Europäische Integration und Integrationstheorie) für den genannten Bachelorstudiengang sowie ein Hauptseminar (EU und AKP Regionalintegration) für den Magisterstudiengang. Im Wintersemester 2008/2009 hielt Prof. Kühnhardt ein Proseminar (Europäische Integration und

Integrationstheorie) und ein Seminar (EU und AK Regionalintegration) im Rahmend des Bachelorstudienganges ab.

Neben seinen Lehrverpflichtungen hielt Prof. Dr. Ludger Kühnhardt regelmäßig ein Kolloquium für Examens- und Magisterkandidaten ab. An diesen Seminaren nahmen 2008 neun Doktoranden und drei Magister-Studenten teil.

Im Rahmen seiner Sprechstunden stand Prof. Dr. Ludger Kühnhardt zu regelmäßigen wöchentlichen Beratungsgesprächen für Studenten des ZEI und des Instituts für Politische Wissenschaft und Soziologie zur Verfügung.

Andreas Marchetti

ZEI Mitarbeiter Andreas Marchetti hat seit dem Wintersemester 2008/09 einen Lehrauftrag am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn inne. Im Rahmen des Bachelor-Studiengangs „Politik und Gesellschaft“ hielt er im Wintersemester 2008/09 ein Proseminar zur Europäischen Nachbarschaftspolitik ab.

ZEI Strukturen

ZEI-Beirat

Am 06. März 2008 fand die konstituierende Sitzung des ZEI Board gemäß dem ZEI Statut statt. Das ZEI Statut war von der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn am 28. November und von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bonn am 30. November 2008 angenommen worden. Dem ZEI-Beirat gehören der Rektor der Universität Bonn, Matthias Winiger, die beiden Dekane Erik Theissen (Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät) und Jürgen Fohrmann (Philosophische Fakultät) sowie die Professoren Armin Heinen (RWTH Aachen) und Jürgen Donges (Universität zu Köln) an. Für die erste Arbeitsperiode von März bis September 2008 wurde Dekan Theissen zum Vorsitzenden des ZEI-Beirat gewählt. Der Beirat tagte zusätzlich am 29. Mai 2008. Durch den Wechsel im Dekanat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät hat Dekan Christian Hillgruber ab Oktober 2008 den Vorsitz des ZEI-Beirat übernommen.

Homepage

Die Logdateien des Webservers www.zei.de werden regelmäßig gesichert und bilden die Grundlage für Webstatistiken, die mit geeigneten tools erstellt werden (z.B. Webalizer). Mithilfe der Webstatistiken ist es möglich, die Akzeptanz und die Interessen der Seitenbesucher zu analysieren. So lässt sich die durchschnittliche Zahl der Besucher der website des ZEI feststellen, die derzeit bei 20.212 pro Monat liegt. Die durchschnittliche Anzahl der aufgerufenen Gesamtseiten liegt bei 61.730.

Die Top 100 der aufgerufenen URL's wird monatlich als Tabelle dargestellt. Hierbei hat sich ergeben, dass der Bereich Ausbildung - insbesondere die Seiten der beiden Masterprogramme „Master of European Studies Program“ (ebenso die Jubiläumsbroschüre des Programms) und „Master of European Regulation of Network Industries“- vergleichsweise häufig aufgerufen werden. Auch für die ZEI Publikationen besteht generell ein großes Interesse. Die meisten hits sind hier bei den ZEI Discussion Papern zu registrieren, die auch als pdf-Datei heruntergeladen werden können und wo selbst ältere Paper noch ein reges Interesse finden (so C73/2000 „Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union“ von Ramiro Vera-Fluixa mit 1391 hits und C154/2005 „Ten Years Euro-Mediterranean Partnership. Defining European Interests for the Next Decade“ von Andreas Marchetti mit 1385 hits). Sehr häufig wird auch auf die Bereiche Aktuelles und Mitarbeiter zugegriffen.

Aus der Analyse der "Top Level Domains" (com, net, de, fr, ca, jp) lässt sich bis zu einem gewissen Prozentsatz erkennen, von welchen Ländern aus auf die ZEI Seiten zugegriffen wurde. Die USA, Brasilien und Australien für den internationalen Bereich sowie Griechenland und Russland für Europa belegen hier die vorderen Plätze. Mehr als die Hälfte der Zugriffe erfolgt jedoch durch unbekannte Domains.

Bibliothek

In der Bibliothek des Hauses stehen dem interessierten Nutzer ca. 28000 wissenschaftliche Bücher zur Verfügung, wovon mehr als 14000 rein dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung zugerechnet werden können. Daneben gibt es eine Vielzahl interessanter Zeitschriften, die für Forschung und Lehre gleichermaßen genutzt werden können.

Die Bibliothek des ZEI ist als offizielles Europäisches Dokumentationszentrum (EDZ) der EU ausgewiesen. Das EDZ umfasst Dokumente, die die Europäische Kommission seit 1986 herausgegeben hat. Es gibt eine Vielzahl von Publikationen der OSZE, des Europarates, des EU-Parlaments, des Europäischen Gerichtshofs und der Europäischen Zentralbank. Alle Bücher und Zeitschriften sind über den Hauptkatalog der Universitätsbibliothek unter www.ulb.uni-bonn.de recherchierbar.

Publikationen des ZEI

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Koenig, Christian / Loetz, Sascha / Fechtner, Sonja, „Do we really need a European agency for market regulation?“, in: *Interneconomics* 4, Berlin: Springer Verlag, 2008: 226 ff.

Koenig, Christian / Hasenkamp, Christopher, „EG-beihilfenrechtskonforme Unternehmensbewertung“, in: *DVBl* 21, Köln: Wolters Kluwer Deutschland, 2008: 1340 ff.

Koenig, Christian / Schreiber, Kristina, „Kassenärztliche Vereinigungen - gesetzlicher „Freibrief“ oder greifen die Kontrollmechanismen des Wettbewerbsrechts?“, in: *GesR* 11/2008, Köln: Dr. Otto Schmidt Verlag, 2008: 561 ff.

Koenig, Christian, „EG-rechtskonforme Wertermittlung nach §194 BauGB bei Grundstücksverkäufen der öffentlichen Hand“, in: *Der Sachverständige* 12, München: C.H. Beck, 2008: 194 ff.

Koenig, Christian / Schellberg, Margret / Spiekermann, Kristin, „Unbundlingregulierung nach dem Konzernjuristen-Urteil des VG Köln vom 14.11.2007“, in: *Infrastruktur Recht (IR)*, 8, München: C.H. Beck, 2008: 170.

Koenig, Christian / Schreiber, Kristina, „Das Verbot von Veranstaltungen der pharmazeutischen Industrie im Ausland auf dem Prüfstand der EG-Dienstleistungsfreiheit“, in: *Pharmarecht (PharmR)*, 7, München: C.H. Beck/pmi Verlag, 2008: 309-315.

Koenig, Christian / Klahn, Daniela / Schreiber, Kristina, „Die Kostenträger der gesetzlichen Krankenversicherung als öffentliche Auftraggeber im Sinne des europäischen Vergaberechts“, in: *ZESAR* 1, Berlin: Erich Schmidt Verlag, 2008: 5-12.

Koenig, Christian / Paul, Julia, „Die Krankenhausfinanzierung im Kreuzfeuer der EG-Beihilfenkontrolle“, in: *Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (EuZW)*, 12, München: C.H. Beck, 2008: 359-363.

Koenig, Christian / Vorbeck, Philipp, „Europäische Beihilfenkontrolle in der Daseinsvorsorge - Ein kritischer Zwischenruf zum Monti-Paket“, in: *Zeitschrift für Europarechtliche Studien (ZEuS)* 2/2008, Berlin: BWV Verlag, 2008: 207-218.

Koenig, Christian / Loetz, Sascha, „Vereinigung nationaler Regulierungsbehörden vs. EECMA“, in: *Zeitschrift für Informations-, Telekommunikation – und Medienrecht (MMR)*, 6, München: C.H. Beck, 2008: 367-372.

Koenig, Christian / Ciszewski, Simon, „Sieg oder Niederlage für das Glücksspielmonopol nach Inkrafttreten des Glücksspielstaatsvertrages?“, in: *Wirtschaft und Verwaltung* 2, Berlin: Erich Schmidt Verlag, 2008: 103-114.

Koenig, Christian / Schreiber, Kristina, „Gewährung von Übergangsfristen à la Bundesverfassungsgericht durch den Europäischen Gerichtshof?“, in: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV), 11, Stuttgart: Kohlhammer Verlag, 2008: 450-454.

Koenig, Christian / Eva Maria Müller, „Haftungsrechtliche Maßstäbe beim „Off-off“-label-Use trotz Verfügbarkeit eines indikationsspezifisch zugelassenen Arzneimittels“, in: Medizinrecht, 4/2008, Berlin: Springer Verlag, 2008: 190-202.

Koenig, Christian / Daniela Klahn / Schreiber, Kristina, „Plädoyer für die Durchführung von vergaberechtlichen Verfahren bei der Arzneimittelversorgung im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung“, in: Pharma Recht, 4/2008, Frankfurt/Main: pmi Verlag: 182-189.

Koenig, Christian / Paul, Julia, „Die Parameter für die EG-beihilfenrechtliche Bewertung von Grundstücksgeschäften der öffentlichen Hand“, in: EWS 4/2008: 113-120.

Koenig, Christian / Schreiber, Kristina / Spiekermann, Kristin, „Defizitäres Entflechtungsregime?“, in: Zeitschrift für Netzwirtschaft & Recht (N&R), 1/2008, Frankfurt/Main: Verlag Recht und Wirtschaft, 2008: 7-12.

Koenig, Christian / Bache, Volker, „Die örtliche Zuständigkeit der Oberlandesgerichte in Fällen der Organleihe bei der Wahrnehmung der Landesregulierungsaufgaben durch die BNetzA“, in: Infrastruktur Recht 01, München: C.H. Beck, 2008: 2-5.

Koenig, Christian / Kühling, Jürgen / Rasbach, Winfried (Hrsg.), Energierecht, 2. Auflage, Frankfurt/Main: Verlag Recht und Wirtschaft, 2008: 276 Seiten.

Abteilung “Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen”

ZEI Discussion Paper

C 167/2007 Ludger Kühnhardt: Europa neu begründen.

C 179/2008 Martin Seidel: Optionen für die Europäische Integration.

C180/2008 Jeffrey Herf: “The Jewish Enemy”. Rethinking Anti-Semitism in the Era of Nazism and in Recent Times.

C181/2008 Marcus Höreth/Jared Sonnicksen: Making and Breaking Promises. The European Union under the Treaty of Lisbon.

C182/2008 Anna Niemann/Sonja Ana Luise Schröder/Meredith Catherine Tunick: Recovering from the Constitutional Failure. An Analysis from the EU Reflection Period.

C183/2008 Yannis Tsantoulis: Subregionalism in the Black Sea and the EU’s Role. Incentives, Obstacles and a ‘New Synergy’.

C184/2008 Ludger Kühnhardt: African Regional Integration and the Role of the European Union.

C185/2008 Hans-Gert Pöttering: European Union – New Impulses for the Decade Ahead.

C186/2008 Jürgen Nielsen-Sikora: Europa der Bürger. Zeitzeugengespräche mit Peter Altmaier, Barbara Gessler, Ruth Hieronymi und Hans-Gert Pöttering.

C187/2008 Ján Figel': Reflecting on the European Year of Intercultural Dialogue.

C188/2008 Lazaros Miliopoulos: Begriff und Idee der "Atlantischen Zivilisation" in Zeiten transatlantischer Zerreißproben.

C189/2008 Carl Christian von Weizäcker: Regionalisierung der Regulierung im Bitstromzugangs-Markt?

C190/2008 Sonja Schröder: The 2007-2013 European Cohesion Policy. A new Strategic Approach by the Commission?"

ZEI EU-Turkey-Monitor und ZEI Regional Integration Observer

Beide Newsletter werden weltweit an relevante Institutionen versandt und sind ebenfalls im Internet verfügbar.

- Mit der regelmäßigen Herausgabe des ZEI EU-Turkey-Monitor begleitet das ZEI aktiv die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei. Der Monitor erscheint dreimal jährlich und wird herausgegeben von ZEI-Mitarbeiter Andreas Marchetti und ZEI-Junior Fellow Volkan Altinta (Akdeniz Universität, Antalya). Die Märzangabe des ZEI EU-Turkey-Monitor widmet sich eingehender den parlamentarischen Debatten zur EU-Beitrittsperspektive der Türkei auf beiden Seiten des Bosphorus. Zusätzlich bietet die Ausgabe eine Analyse der aktuellen Verfassungsentwicklung in der Türkei. Die Ausgabe vom Sommer 2008 widmet sich aus türkischer und europäischer Sicht der „Union für das Mittelmeer“ und die Winterangabe thematisiert die Perspektiven eines Stabilitätspakts für den Südkaukasus und die türkische Rolle in der Neuordnung der Region. Alle drei Ausgaben bieten wie stets auch Analysen und Bewertungen des fortschreitenden Verhandlungsprozesses.

- Aufbauend auf einen der Forschungsschwerpunkte des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, der vergleichenden regionalen Integrationsforschung, gibt die Abteilung ZEIc seit dem Herbst 2007 einen „Regional Integration Observer“ heraus. Die Ausgabe vom April 2008 widmete sich in erster Linie der Regionalisierung in Westafrika, während die Ausgabe vom August 2008 die EU-ACP Beziehungen beleuchtete.

Kösler, Ariane: Regional Integration Observer, Vol.2, No.1, 2008, Kösler, Ariane (Hrsg.).

Kösler, Ariane: Regional Integration Observer, Vol.2, No.2, 2008, Kösler, Ariane / Vogl, Matthias (Hrsg.).

Marchetti, Andreas: ZEI EU-Turkey-Monitor Vol. 4, No. 1, 2008, Vol. 4, No. 2, 2008 und Vol. 4, No. 3, 2008, Hrsg. Marchetti, Andreas / Altıntaş, Volkan.

Marchetti, Andreas: „The Continuing Power Struggle in Turkey. Interpretations in European Union media“, in: ZEI EU-Turkey-Monitor, 4.2, 2008: 6.

Vogl, Matthias: Regional Integration Observer, Vol.2, No.2, 2008, Kössler, Ariane / Vogl, Matthias (Hrsg.).

Monographien und Herausgeberschaft

Kössler, Ariane / Zimmek, Martin (Hrsg.), Elements of Regional Integration. A Multidimensional Approach, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 68, Baden-Baden: Nomos Verlag, 2008: 278 Seiten.

Kühnhardt, Ludger: European Union – The Second Founding. The Changing Rationale of European Integration, Schriften des Zentrum für Europäische Integrationsforschung, Band 67, Baden-Baden: Nomos Verlag, 2008, 670 Seiten.

Kühnhardt, Ludger (Hrsg.), Crises in European Integration. Challenges and Responses, 1945-2005, Oxford/New York: Berghahn Books, 178 Seiten, 2008.

Aufsätze

Kühnhardt, Ludger: „Imperium: Ein Begriff und seine Anwendung. Rückblick auf Imperien als Ausblick auf die Zukunft der EU“, in: Kronenberg, Volker, et.al.(Hrsg.), Außenpolitik und Staatsräson. Festschrift für Christian Hacke, Baden-Baden: Nomos Verlag, 2008: 29-39.

Nachdruck von: Kühnhardt, Ludger: African Regional Integration and the Role of the European Union. ZEI Discussion Paper C 184, durch International Relations and Security Network/Eidgenössische Technische Hochschule/Zürich und Strategie-, Politik, Sicherheits- und Wirtschaftsberatung, Berlin.
online unter: www.isn.ethz.ch/pubs/ph/details.cfm?lng=en&id=55859.

Kühnhardt, Ludger: „Worldwide Region-Building in Comparative Perspective“, in: Jurnal Kajian Wilayah Eropa, Journal of European Studies, Vol IV., No. 2, Program Studi Kajian Wilayah Eropa-Program Pascasarjana Universitas Indonesia and the Delegation of the European Commission, Jakarta, 2008: 119-127.

Kühnhardt, Ludger: „Union der Ungleichen: Mittelmeer-Union“, in: Rheinischer Merkur, Nr. 28, 10. Juli 2008: 7.

Kühnhardt, Ludger: „Prospects for Regional Integration“, in: Kössler, Ariane / Zimmek, Martin (eds.), Elements of Regional Integration. A Multidimensional Approach, Baden-Baden: Nomos Verlag, 2008: 161 – 276.

Kühnhardt, Ludger: Plädoyer für eine erneuerte Europäische Union, Kirche und Gesellschaft, Nr. 352, Hrsg. Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle Mönchengladbach, Köln: J.P. Bachem Verlag, 2008: 16 Seiten.

Kühnhardt, Ludger: Interview: „Ohne Christentum würde Europa scheitern“, in : ngo – Internet-Zeitung für Deutschland, 19. September 2008.
online unter: www.ngo-online.de/reg/reg_ganze_nachricht.php?R=EN&RT

Kühnhardt, Ludger: „Europäische Integrationserfahrungen. Periodisierungen und Begründungswandel“, in : Decker, Frank / Höreth, Marcus (Hrsg.), Die Verfassung Europas. Perspektiven des Integrationsprojekts, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2008: 31 – 49.

Kühnhardt, Ludger: „Obama and a New Transatlantic Age“, in: American Institute for Contemporary German Studies, AICGS Analyses, 21. November 2008.
online unter: <http://www.aicgs.org/analysis/c/kuehnhardt1108.aspx>

Kühnhardt, Ludger: „Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte“, in Rauscher, Anton (Hrsg.), Handbuch der Katholischen Soziallehre, Berlin: Duncker&Humblot, 2008: 999-1010.

Kühnhardt, Ludger, „Erinnerung als Fundament. Karl Dietrich Bracher – der öffentliche Gelehrte der deutschen Demokratie“, in: Mayer, Tilman / Kronenberg, Volker (Hrsg.), Streitbar für die Demokratie. „Bonner Perspektiven“ der Politischen Wissenschaft und Zeitgeschichte 1959-2009, Bonn: Bouvier, 2008, 35 ff.

Marchetti, Andreas: „Consolidation in Times of Crisis? The Setup of the European Neighbourhood Policy and its Challenges“, in: Delcour, Laure / Tulmets, Elsa (Hrsg.), Pioneer Europe? Testing EU Foreign Policy in the Neighbourhood, Baden-Baden: Nomos, 2008: 21-34.

Marchetti, Andreas: „La politique européenne de voisinage: l'impact de la présidence allemande sur l'élaboration d'une politique stratégique“, in: Demesmay, Claire / Stark, Hans (Hrsg.), Radioscopie de l'Allemagne 2008, Paris: Ifri, 2008: 171-187.

Marchetti, Andreas: „Eine neuerliche EU-Erweiterungsrunde? Deutsche und polnische Standpunkte zur Frage eines EU-Beitritts der Ukraine und der Türkei“, in: Jäger, Thomas / Dylla, Daria W. (Hrsg.), Deutschland und Polen. Die europäische und internationale Politik, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2008: 137-159.

Zimnek, Martin: Kommentar, Wochenzeitung Prometheus, Seoul, 3. März 2008.

Zimnek, Martin: „The Andean Community of Nations – On the way to Regional Disintegration?“, in: Regional Integration Observer, Bonn: Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Vol. 2, 2008: 5.

Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Fragen“

Artikel in Zeitschriften mit Referee Verfahren

von Hagen, Jürgen / Zhang, Haiping: „Financial Frictions, Capital Reallocation, and Aggregate Fluctuations“, in: *Journal of Economic Dynamics and Control*, 32, Amsterdam/München: Elsevier, 2008: 978-999.

von Hagen, Jürgen / Zhang, Haiping: „Welfare Analysis of Capital Account Liberalization“, in: *Review of International Economics*, Vol. 16, 3, Oxford: Blackwell Publishing, 2008: 576-590.

von Hagen, Jürgen / Zhou, Jizhong: „The Interaction Between Capital Controls and Exchange Rate Regimes: Evidence from Developing Countries“, in: *International Economic Journal*, Vol. 22, 2, Milton Park/New York: Routledge, 2008: 163-185.

Bücher und Buchbeiträge

von Hagen, Jürgen / Aghion, Philippe / Belka, Marek / Heikensten, Lars / Sapir, Andre / Pisani-Ferry, Jean: „Coming of Age: Report on the euro area“, in: *Bruegel Blueprint 4*, Brussels: Bruegel, 2008.

von Hagen, Jürgen: „European Experiences with Fiscal Rules and Institutions“, in: Garrett, Elizabeth / Graddy, Elizabeth A. / Jackson, Howell E. (Hrsg.), *Fiscal Challenges - An Interdisciplinary Approach to Budget Policy*, Cambridge: Cambridge University Press, 2008.

von Hagen, Jürgen / Schmitz, Birgit / Ahearne, Alan: „Current Account Imbalances in the Euro Area“, in: Aslund, Anders / Dabrowski, Marek (Hrsg.), *Challenges of Globalization*, Washington DC: Peterson Institute for International Economics, 2008: 41-57.

Weitere Veröffentlichungen

von Hagen, Jürgen / Dinger, Valeriya: *Does Interbank Borrowing Reduce Risk?*, CEPR Discussion Paper No. 6635, London: Center for Economic Policy Research (CEPR), 2008.

von Hagen, Jürgen / Niemann, Stefan: „Coordination of Monetary and Fiscal Policies: A Fresh Look at the Issue“, in: *Swedish Economic Policy Review*, 15/1, Stockholm, 2008: 89-124.

von Hagen, Jürgen / Schuknecht, Ludger / Wolswijk: „Government Risk Premium in the Bond Market: EMU and Canada“, in: *Working Paper 879*, Brüssel: European Central Bank, 2008.

von Hagen, Jürgen / Zimmermann, Klaus F. / Burda, Michael C. / Konrad, Kai / Schneider, Friedrich / Schneider, Hilmar / Wagner, Gert G., „Petersberger Erklärung: Anstöße für eine zukunftsgerichtete Arbeitsmarktpolitik“, in: *Wirtschaftsdienst*, 88/12, Kiel, 2008: 814-815.

Vorträge und Konferenzteilnahmen

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Prof. Dr. Christian Koenig, LL.M.

13. Februar 2008

TK Workshop mit BMWi „Sektorspezifische Regulierung und allgemeines Wettbewerbsrecht“
ZEI, Bonn

09. April, 2008

Moderator des 2. Panels des 6. Informationsrechtstag – Review des EU-Rechtsrahmens für elektronische Kommunikation
Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf

10./11. April, 2008

Vortrag: „Rahmenvereinbarung und ‚dynamisches Beschaffungssystem‘ als Instrumente bei Arznei- und Hilfsmitteln“
Symposium
Institut für Europäische Gesundheitspolitik und Sozialrecht: Vergaberecht und Vertragswettbewerb in der GKV, Frankfurt

24. April, 2008

Vortrag: „European Regulatory Agencies versus Joint Body of National Regulatory Authorities - Implications of the Meroni Judgements“
RSCAS Seminar „Public and Private Regulation in the European Telecommunications Industry“
In Kooperation mit der Florence School of Regulation, Florenz

25. April, 2008

Vortrag: „Neue Vertriebsformen: Aufhebung des Vielbesitzverbots/Zulässigkeit des Versandhandels“
3. Jahresarbeitsstagung Medizinrecht
Kurhaus, Wiesbaden“

03. / 04. Juni, 2008

Vorsitz bei der 6. EUROFORUM-Jahrestagung „Beihilfenrecht“
Berlin

02. Juli, 2008

Vortrag „Kassenärztliche Vereinigung – (auch) ein Kartell?“
MEDCongress, Baden-Baden

03. September, 2008

Fremdbesitz von Apotheken in Deutschland
EuGH Verhandlung, Luxemburg

04. / 05. September, 2008
Europarechts-Schulung
Stadtverwaltung, Köln

02. Oktober, 2008
Vortrag: „Proceedings against the German prohibition for non-pharmacists on owning pharmacies before the European Court of Justice (ECJ)“
Celesio Legal Conference, Stuttgart

21. Oktober, 2008
Vortrag : „Wettbewerb durch die Vergabe von Rahmenaufträgen in der gesetzlichen Krankenversicherung“
40. Richterwoche des Bundessozialgerichts, Kassel

28. Oktober, 2008
1. Veranstaltung des Bonner Zentrum/Forum Regulierungsrecht
Poppelsdorfer Schloss, Bonn

03. / 04. November, 2008
Vortrag: „Vollversteigerung von Emissionszertifikaten in der Energiewirtschaft“
MCC Netzforum 2008, Frankfurt

10. November, 2008
Vortrag: „Rechtsfragen der zukünftigen Ausgestaltung des EU-Emissionshandels unter besonderer Berücksichtigung der geplanten Vollversteigerung im Energiesektor“
Bonner Energierechtgespräch, Schloss Lerbach, Bergisch Gladbach

18. November, 2008
Vortrag: „SPNV-Verträge und die Folgen eines Verstoßes gegen das EG-Beihilfenrecht“
VRR Kongress in Düsseldorf

26. November, 2008
Moderation bei den Berliner Energiegesprächen
Presse- und Besucherzentrum, Berlin

28. November, 2008
Vortrag : „Verbot von Veranstaltungen der Pharmaindustrie im EU-Ausland“
Euro Pharma Recht Tagung des pmi Verlages, Frankfurt

01. / 02. Dezember, 2008
Vortrag : „Beihilfen im Luftverkehr: Sturzflug oder Gleitflug?“
3. Deutsche Luftfahrt Tage
Frankfurt

05. Dezember, 2008
Gastvortrag „ Der wettbewerbsrechtliche Segen zur Festlegung technischer Regeln als DIN SPEC“
72. DIN-Jahrestagung, Berlin

Abteilung "Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen"

Wiebke Drescher

25./26. September 2008

Vortrag „Ziele und Zuständigkeiten im Lissabonner Vertrag“, Fachtagung von ZEI und Ifri zum Thema „Der Vertrag von Lissabon in der Diskussion: Welche Grundlagen für Europa?“ im Rahmen des gemeinsamen Forschungsprojekts „Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“, ZEI.

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

21.-23. Januar 2008

Vorträge zum Thema „Verbreitung von Regionalintegration“
Katholische Universität (ASERI), Mailand

26.-29. Februar 2008

Vorträge zum Thema „Die Rolle Deutschlands in der EU“
Diplomatische Akademie, Wien

10.-15. März 2008

Feldforschungen und Fachgespräche bei der Afrikanischen Union (AU)
Äthiopien

26. März 2008

Kooperationssondierung
United Nations University – Center for Comparative Regional Integration, Brügge

28. April - 02. Mai 2008

Vorträge zum Thema „Die weltweite Verbreitung der Regionalintegration“
MEDAC, Mediterranean Academy of Diplomatic Studies, Msida/Malta

24. Juni 2008

Vortrag zur Identität Europas
Institut für Internationale Politik (ISPI), Mailand

19. - 22. August 2008

Teilnahme an der Delegationsreise des Präsidenten des Europäischen Parlaments
Riga, Lettland

28. September - 10. Oktober 2008

Feldforschungen in Mauretanien, Gambia, Sierra Leone, Guinea-Bissau, Guinea, Senegal, Kapverden; Vorträge in Banjul/Gambia (Ministry of Trade, Industry and Employment), Dakar/Senegal (Konrad Adenauer Stiftung) und Praia/Kapverden (Nationalparlament)

26. - 29. Oktober 2008

Vorträge auf dem XV Forum Brazil-Europa zum Thema „Regional Integration in a Global Context: The EU in Comparison with Mercosul“ (Konrad Adenauer Stiftung, Fundação Getulio Vargas und Industrieverband São Paulo), São Paulo, Brasilien

14. - 16. November 2008

Vortrag zum Lissaboner Vertrag der EU nach dem irischen Referendum
XXV. Euro-Mediterranean Seminar der Diplomatic Academy of Diplomatic Studies,
Msida/Malta

02. Dezember 2008

Vortrag: Menschenrechte und Integration
Menschenrechtsforum der Konrad Adenauer Stiftung, Berlin

16. Dezember 2008

Teilnahme am Kolloquium „EU-Debatte in Deutschland und Frankreich“
Kooperation ZEI/Institut français des relations internationales (ifri), Paris

Andreas Marchetti

22. Januar 2008

Interview (live) zum Auftakt des deutsch-französischen Forschungsprojekts
„Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“, domradio, Köln –
Der Mittag, 12:40 h

23. Januar 2008

Interview (live) zum Besuch des griechischen Regierungschefs Kostas Karamanlis in
der Türkei, domradio, Köln – Der Morgen, 7:10 h

11. Februar 2008

Interview „Der Ansatz ist nicht der richtige“,
<http://www.zoomer.de/news/topthema/integrationsstatistik/integration-in-der-schule/artikel/es-koennte-eine-starke-abgrenzung-geben>

24. Februar 2008

Interview zum deutsch-türkischen Verhältnis,
<http://www.prometheus.co.kr/articles/103/20080224/20080224173300.html>

17. April 2008

Vortrag „L'Europe méditerranéenne: L'Allemagne et le projet d'Union pour la
Méditerranée“, Tagung des Centre d'Etudes et de Recherche de l'Ecole Militaire
(CEREM): „Processus de Barcelone: Union pour la Méditerranée“, Paris

22. April 2008

Vortrag „Les domaines de coopération de la Politique européenne de voisinage“,
internationales Symposium des Institut Pierre Werner (IPW) und der Association des
Français en Fonction dans les Institutions Internationales au Luxembourg (AFFIL):
„Du partenariat à la politique européenne de voisinage et au projet d'Union pour la
Méditerranée“, Luxemburg

30. April 2008

Interview (live) zur Änderung des Art. 301 des türkischen Strafgesetzbuchs,
domradio, Köln – Der Mittag, 12:45 Uhr

10. Juni 2008

Vortrag „Der Vertrag von Lissabon – Rückschritt als Fortschritt?“, ZEI-Europadialog

28. Juni 2008

Interview zum Wechsel der EU-Ratspräsidentschaft, Deutsche Welle – Treffpunkt Europa, 7:35 h

04. Juli 2008

Vortrag „Dilemmas of the EU in its neighbourhood: The particular case of the Black Sea“, 2008 Internationales Symposium: “The Wider Black Sea Area in Perspective”, International Centre for Black Sea Studies (ICBSS), Kalymnos

16. Juli 2008

Interview „Formuler une meilleure politique“, Le Soir d’Algérie, S. 8, <http://www.lesoirdalgerie.com/articles/2008/07/16/article.php?sid=70883&cid=2>

26. September 2008

Vortrag „Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Vertrag von Lissabon“, Fachtagung von ZEI und Ifri zum Thema „Der Vertrag von Lissabon in der Diskussion: Welche Grundlagen für Europa?“ im Rahmen des gemeinsamen Forschungsprojekts „Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“, ZEI

16. Oktober 2008

Präsentation in Arbeitsgruppe 2 zum Thema „Bringing Southeast Europe and ‚Barcelona‘ Together – Sharing Experiences and Evaluating Region-Building Prospects“ im Rahmen der EuroMeSCo-Jahreskonferenz 2008: „Euro-Mediterranean Relations between Continuity and Reinforced Cooperation. Quo Vadis Barcelona?“, Amman

27. Oktober 2008

Vortrag „The state of the Union and its implications for Central Asia“, Besuch einer Studiengruppe des European Studies Program der Amerikanischen Universität Zentralasiens in Bischkek am ZEI

10. November 2008

Vortrag „Der alte und der neue Vertrag – was wird sich ändern?“, Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung: “Fakten statt Mythen – Agenda für ein bürgernahes Europa”, Bildungszentrum Eichholz (Wesseling)

13. November 2008

Vortrag „European Culture as Social Construction – Elements and Tendencies in the European Union“, Istanbul 2010/IKSV-Symposium “What is European Culture?”, Istanbul

26. November 2008

Vortrag „Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Blickpunkt“, Seminar der Europäischen Akademie Nordrhein-Westfalen für Soldaten der deutschen Luftwaffe: „Europäische Politik und europäische Sicherheit“, Bonn

06. Dezember 2008

Vortrag „Die südliche Dimension der ENP“, Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung: „Europäische Nachbarschaftspolitik: Der Blick über den Tellerrand der Europäischen Union“, Bildungszentrum Eichholz (Wesseling)

Veranstaltungen

Konferenzen und Seminare

29. Januar 2008

„Current Issues on European Affairs“

Vortrag vor den Studierenden des Master of European Studies Program sowie Roundtable zu europäischen Fragestellungen mit Dr. Stephan Eisel, MdB, Bonn
FG „Europas interne Dimension“

22. Februar 2008

„Eckpunkte der aktuellen slowenischen EU-Ratspräsidentschaft“

Vortrag Dr. Alojz Peterle, MdEP, vor den Studierenden des Master of European Studies Program
FG „Europas interne Dimension“

28. Mai 2008

„Entwicklung eines westafrikanischen Instituts für Regionalintegration“

Roundtable mit dem Präsident des Parlaments der Kapverden, Aristides Lima und seiner Delegation
FG „Europas Rolle in der Welt“

29. Mai 2008

Abschlussfeier des Master of European Studies Program (MES) und des Master of European Regulation of Network Industries (MERNI), Class of 2008, im Beisein des Präsidenten des Europäischen Parlamentes, Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering
FG „Europas Rolle in der Welt“

14. – 16. Juni 2008

3. Summer School für Mitarbeiter des DFG Schwerpunktprogramms Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theorie und Empirie
FG „Europas interne Dimension“

23. Juni – 4. Juli 2008

ZEI International Summer School on Monetary Macroeconomics
FG „Makroökonomische Politik und Institutionen“

03. Juli 2008

„Grüne Hochschultour“, Round Table mit Kai Gehring, MdB, Fraktion der Grünen
FG „Europas interne Dimension“

13. August 2008

„Aspekte und Erfahrungen der Wiedervereinigung“

Round Table mit Vertretern des Korea Institute for National Unification (KINU)

FG „Europas Rolle in der Welt“

18. – 20. August 2008

Mitarbeiterworkshop des DFG Schwerpunktprogramms Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theorie und Empirie.

FG „Europas interne Dimension“

01. – 12. September 2008

„Summer Academy in Comparative Regional Integration“

Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn

FG „Europas Rolle in der Welt“

25./26. September 2008

Fachtagung zum Vertrag von Lissabon

(im Rahmen des DFG-Projektes „Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“),

Institut français des relations internationales (ifri) und Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn

FG „Europas Rolle in der Welt“

21. Oktober 2008

„Wohin steuert Europa? Welche Impulse kann die französische Präsidentschaft geben?“ Podiumsdiskussion in Kooperation mit der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Deutsch-Französische Gesellschaft Bonn/Rhein-Sieg, Europa-Union Deutschland-Bonn/Rhein-Sieg, Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI). Haus der Geschichte, Bonn mit Ruth Hieronymi, MdEP, Michael Mertes, Staatssekretär, Thomas Gutschker, Rheinischer Merkur, Julien Thorel, Maître de conférences, Université Jean Monnet St. Etienne

FG „Europas interne Dimension“

27. Oktober 2008

„Die EU und Zentralasien“ sowie „Aufbau von Masterprogrammen“

Seminar für Studenten des Programms für Europastudien der Amerikanischen Universität Bischkek, Kirgistan (in Zusammenarbeit mit dem DAAD)

FG „Europas Rolle in der Welt“

12. November 2008

„Die deutsche Entwicklungs- und Außenpolitik im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik“

Round Table mit Mitgliedern des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Nordkoreas, in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung

FG „Europas Rolle in der Welt“

18. November 2008

„NRW in Europa“, Vortrag und Diskussion mit dem Europaminister des Landes NRW, Herrn Andreas Krautscheid

FG „Europas interne Dimension“

16. Dezember 2008

Workshop im Rahmen des DFG-Projektes „Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“

Institut français des relations internationales (ifri) und Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Paris

FG „Europas Rolle in der Welt“

19. Dezember 2008

Workshop im Rahmen des DFG-Projektes „Deutschland und Frankreich angesichts der europäischen Krisen“

Institut français des relations internationales (ifri) und Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn

FG „Europas Rolle in der Welt“

ZEI-Europadialog

In diesem Rahmen finden am ZEI in regelmäßigem Turnus Vortragsveranstaltungen mit namhaften Wissenschaftlern, Politikern, Diplomaten und Publizisten zu Themenstellungen im Zusammenhang mit den Schwerpunkten der Forschungsgruppen statt.

Forschungsgruppe „Europas Rolle in der Welt“

15. Januar 2008

„Bye bye Pazifismus? Zur Normalisierung der japanischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.“

Dr. Kerstin Lukner, Institut für Ostasienwissenschaften/Politikwissenschaften, Universität Duisburg-Essen

12. Februar 2008

„Afrika und die EU: Die Schnittstelle zwischen Migration und (Un-)Sicherheit.“

Peter Croll, Geschäftsführer des Bonn International Center for Conversion (BICC)

12. März 2008

„Die USA vor den Wahlen - Außenpolitische Erwartungen der EU an eine neue Administration.“

Dr. Siebo Janssen, Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaften der Universität zu Köln

15. April 2008

„Europäische NRO's in Krisengebieten Afrikas. Beispiel Sudan.“

Dr. Hans-Joachim Preuß, Generalsekretär der Deutschen Welthungerhilfe, Bonn

14.05.2008

„Iran – Atomkonflikt: Zeit für einen Strategiewechsel – Wege aus der Sackgasse.“

Jerry Sommer, Journalist und Mitarbeiter am Friedensforschungsinstitut BICC, Bonn

Forschungsgruppe „Europas interne Dimension“

20. Mai 2008

„Die Zypern-Problematik und der EU-Beitrittsprozess der Türkei.“

Christoph Ramm, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung für Südosteuropageschichte der Ruhr-Universität Bochum, (In Zusammenarbeit mit der Deutsch-Türkischen Gesellschaft Bonn).

04. Juni 2008

„Die Erhaltung der biologischen Vielfalt als globale Herausforderung – die Bonner VN-Naturschutzkonferenz.“

Jochen Flaßbarth, Leiter der Abteilung Naturschutz im Bundesministerium für Umwelt

10. Juni 2008

„Der Vertrag von Lissabon – Rückschritt als Fortschritt?“

Andreas Marchetti, Research Fellow am ZEI

30. September 2008

„Energiepoker am Bosphorus – Die Türkei als Scharnier zwischen Europa, dem Kaukasus und Zentralasien.“

Prof. Dr. Udo Steinbach, Zentrum für Nah- und Mittelost-Studien an der Phillips-Universität Marburg

Wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Abteilung „Politische, rechtliche und institutionelle Fragen“

Leitung: Prof. Dr. Christian Koenig

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Simon Ciszewski	seit 21.08.2006
Lukas Ernst	seit 02.06.2008
Sonja Fechtner	seit 01.10.2006
Christopher Hasenkamp	seit 02.01.2008
Daniela Klahn	01.12.2001 – 21.02.2008
Vera Henrike Oertel	seit 01.10.2008
Dr. Margret Schellberg	01.01.2005 – 28.02.2008
Kristina Schreiber	seit 18.09.2006
Marion Senger/Romes	01.12.2005 – 30.06.2008
Kristin Spiekermann	seit 01.05.2005
Karlis Svikis	seit 01.07.2005
Julia Paul	seit 02.05.2005

Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Barbara Hurter	seit 15.4.2000
----------------	----------------

Studentische/Wissenschaftliche Hilfskräfte

Volker Bache
Martin Busch
David Huthmacher
Nils H. Kolbe
Ana María Trías López

Senior Fellows

Dr. Andreas Bartosch, Haver & Mailänder, Brüssel
Dr. Wilhelm Eschweiler, Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn
Prof. Dr. jur. habil. Dr. sc. econ. Klaus W. Grewlich, Botschafter a.D., seit Juni 1999
Antje Pieper, Chefjustitiarin des WDR a.D., Köln
Dr. Thomas Tschentscher, Freshfields Bruckhaus Deringer LLP, Düsseldorf
Dr. Benedikt Wemmer, Brehm & v.Moers, Berlin
Dr. Wilhelm Wemmer, Ministerialdirigent a.D., Bonn
René Alexander Pfromm, Freshfields, Bruckhaus, Deringer, Köln
Prof. Dr. Jürgen Kühling, Universität Regensburg
Dr. Alexander Koch, IRNIK GbR, Bonn
Dr. Eva-Maria Müller, Humboldt-Universität, Berlin

Andreas Neumann, IRNIK GbR, Bonn
Dr. Nicolai Ritter, CMS Hasche Sigle, Berlin
Philipp Vorbeck, Norton Rose LLP, Frankfurt
Dr. Margret Schellberg, Freshfields, Bruckhaus, Deringer, Köln
Georg Kristian Kampfer, Berlin
Daniela Klahn, HNC Consult, Bonn
Robert Klotz, Hunton & Williams, Brüssel
Marion Romes, Deutsche Telekom AG, Bonn
Dr. Christian Theobald, Becker Büttner Held, Berlin

Abteilung „Europäische Wertesysteme, Kulturen und Sprachen“

Leitung: Prof. Dr. Ludger Kühnhardt

Prof. Dr. Ludger Kühnhardt hatte von 01. Oktober 2006 bis zum 30. September 2008 die ZEI Geschäftsführung inne. Er wurde vom ZEI Direktorium im Juni 2008 für eine weitere Amtszeit (01. Oktober 2008 - 30. September 2010) erneut zum Geschäftsführenden Direktor des ZEI gewählt.

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Andreas Marchetti	seit 03.01.2005 (seit 01.03.2008 DFG-Projekt)
Martin Zimmek	03.01.2005 bis 31.03.2008
Tabea Leibbrand	seit 01.06.2006 (auch Programmkoordinatorin MES)
Ariane Kösler	seit 03.07.2006
Wiebke Drescher	seit 01.04.2008
Matthias Vogl	seit 01.08.2008 (GTZ-ECOWAS Projekt)

Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter

Ingrid Maldonado	seit 01.01.2000
------------------	-----------------

Studentische/Wissenschaftliche Hilfskräfte

Esra Herzog	
Simone Schmidt	
Kristin Schwarz	
Lisa Lindner	
Ina vom Hofe	
Natascha Zaun	DFG-Projekt
Kirsten Wahner	DFG-Projekt
Gordian Ezazi	GTZ-ECOWAS Projekt
Gregor Ischebeck	MES
Thomas Adrian	MES
Georg Clemens	MES

Praktikanten

Stefan Busse
Peter Heuchemer
Alexander Rodopoulos
Nora Rowailly
Pavlina Georgieva
Christoph Kornes
Anne van Stiphout
Rebecca Bergtholdt
Deniz Özgür
Christina Pencheva

Senior Fellows und Junior Fellows der Forschungsgruppe „Europas interne Dimension“

Permanent Senior Fellows

Prof. Dr. Jürgen Elvert, Universität zu Köln
Dr. Gabor Erdödy, Botschafter a.D., Eötvös-Lorant-Universität, Budapest
Prof. Dr. Petr Fiala, Masaryk Universität Brunn
Prof. Dr. Michael Gehler, Universität Hildesheim
Prof. Dr. Rudolf Hrbek, Eberhard-Karls-Universität Tübingen
Prof. Dr. Karl Magnus Johansson, University College of Southern Stockholm
Prof. Dr. Dobrin Kanev, New Bulgaria University
Romain Kirt, Conseiller de Gouvernement, Luxemburg
Dr. Atis Lejins, Latvian Institute of International Relations
Uwe Leonardy, Ministerialrat a.D.
Prof. Dr. Henri Ménudier, Universität Sorbonne III, Paris
Dr. Emil Mintchev, Universität Bonn, Institut für Osteuropäische Geschichte
Prof. Dr. Edward Moxon-Browne, University of Limerick, Irland
Botschafter a.D. Janusz Reiter, Institut für Internationale Studien, Warschau
Dr. Frank Ronge, Staatskanzlei NRW, Düsseldorf
Prof. Dr. Wolfgang Schmale, Universität Wien
Prof. Dr. Matti Wiberg, University of Tampere

Visiting Senior Fellows

Leonard Yamfa, PhD, University of Yaounde, Kamerun, Projekt: "Europe faced to its new citizens: integration, assimilation or exclusion? An analysis of the status of African migrants in the EU"
Prof. Dr. Mitsuo Miyamoto, Seikei University Tokyo, Faculty of Law and Political Science, Japan, Projekt: "Die Entwicklung der deutsch-französischen sowie der transatlantischen Beziehungen seit dem Amtsantritt von Kanzlerin Merkel."

Junior Fellows

Matthias Belafi, Thema: „Die Kirchen und die Europäische Verfassung“
Wiebke Drescher, Thema: „ENP – Ukraine“
Janusz Musial, Thema: „Erwerbswanderungen in der erweiterten Europäischen Union am Beispiel der Arbeitsmigration aus Polen“

Visiting Junior Fellows

Katharina Hsu, 14.03.2007 – 21.01.2008, National University, Taiwan, Thema: „EU-Mehrebenensystem“

Senior und Junior Fellows der Forschungsgruppe „Europas Rolle in der Welt“

Permanent Senior Fellows

Prof. Dr. Hüseyin Bağcı, Middle East Technical University Ankara

Prof. Dr. Thomas Banchoff, Georgetown University

Prof. Dr. Dai Bingran, Center of European Studies, Fudan University, Shanghai

Dr. Erhard Busek, Institut für den Donauraum und Mitteleuropa, Wien

Dr. Stephan Calleya, Mediterranean Academy of Diplomatic Studies, Malta

Prof. Dr. Stefan Fröhlich, Universität Erlangen

Prof. Dr. Xuewu Gu, Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Arnim Heinen, RWTH Aachen

Dr. Jackson Janes, American Institute for Contemporary German Studies

Dr. Michael Köhler, Europäische Kommission, Brüssel

Dr. Carlo Masala, NATO Defense College, Rom

Dr. Ghia Nodia, The Caucasian Institute for Peace, Tblissi

Prof. Dr. Lothar Rühl, Universität zu Köln

Prof. Dr. Walter Schweidler, Ruhr-Universität Bochum

Dr. Alvaro di Vasconcelos, Institut für Strategische und Internationale Studien, Lissabon

Prof. Dr. Moon Woo-Sik, National University, Seoul

Visiting Senior Fellows

Prof. Dr. Patrizia Kegel, University of Blumenau, Brasilien, Projekt: „Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen der regionalen Integration“

Prof. Dr. Mohamed Amal, University of Blumenau, Brasilien, Projekt: „Rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen der regionalen Integration“

Junior Fellows

Yoola Kim, Thema: „Political Process of European Integration and its Potential Effect on North East Asia“

Ariane Kössler, Thema: „Politik im afrikanischen Mehrebenensystem – Divergenz und Konvergenz regionaler und subregionaler Integration“

Andreas Marchetti

Thema: „Vergleich der Positionen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“

Daniela Vogt, Thema: „Integration der ultraperipheren Regionen in die EU“

Tilo Wagner, Thema: „Japan's Engagement in Mittel- und Osteuropa: Ausdruck strategischer Partnerschaft mit der Europäischen Union“

Matthias Vogl, Thema: „Die Sicherheitsinteressen Europas und der Vereinigten Staaten in Afrika und deren Umsetzung im Vergleich.“

Visiting Junior Fellows

Yoola Kim (26.09.2007-31.12.2010), Thema: „Political Process of European Integration and its Potential Effect on North East Asia“

Abteilung „Wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit“

Leitung: Prof. Dr. Jürgen von Hagen

Senior Fellows

Klaus Bünger
Dr. Valeriya Dinger
Dr. Tim Mennel
Dr. Robin Pope
Prof. Dr. Martinus Seidel
Dr. Klaas Staal
Dr. Iulia Traistaru

Nonresident Senior Fellows

Dr. Lutz Arnold
Dr. Matthias Brückner
Dr. Eric Crampton
Prof. Dr. Johannes Frerich
PD Dr. Matthias Göcke
Dalia Grigonyte
Prof. Dr. Mark Hallerberg
Dr. Tai-kuang Ho
Julius Horvath, Ph.D.
Dr. Bernd Kempa
Stefan Lutz, Ph.D.
Prof. Ronald Moomaw (Ph.D.)
Dr. Matthias Paustian
Dr. Isa Scheunpflug
Prof. Dr. Reinhard Selten
Dr. Rolf Strauch
Dr. Birgit Uhlenbrock
Dr. Christopher J. Walzer
Christian Weller, Ph.D.
Dr. Guntram Wolff
Dr. Jizhong Zhou

Dr. Kerstin Bernoth
Dr. Debajyoti Chakrabarti
Dr. Jan Fidrmuc
Prof. Dr. Roy Gardner
Dr. Robert Grassinger
Bartłomiej Gurba
Dr. Bernd Hayo
Dr. Boris Hofmann
Anna Iara
Prof. Dr. Ali Kutan
Robert MacCulloch, Ph.D.
Prof. Dr. Lucjan T. Orłowski
Prof. William Pyle
Dr. Paul Schure
Kenneth Smith, Ph.D.
Prof. Gabriele Tondl
Dr. Christian Volpe Martincus
Kirsten Wandschneider, Ph.D.
Dr. Katrin Wesche
Dr. Jennifer Wu